Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136. Freitag, den 13. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Die Feindschaft gegen die einjährige Dienstzeit.

R. K. Nichts auf der Welt wird so vernunftwidrig und unzweckmäßig gehandhabt, wie die allgemeine Wehrpflicht in den großen Militärstaaten. Das Deutsche Reich steht dabei natürlich an der Spitze. Der größte Vorteil, den die allgemeine Wehrpflicht bietet, besteht darin, daß mit ihr unter Aufwendung verhältnismäßig geringer Geldmittel für den Kriegsfall ein großes Heer bereitgehalten werden kann. Es kommt dies bekanntlich davon her, daß bei der allgemeinen Wehrpflicht nur ein relativ kleiner Teil der für den Krieg vorgesehenen Armee ständig oder längere Zeit in den Kasernen zu sein braucht, während die überwiegende Masse des Heeres einem Zivilberuf nachgeht, somit produktive Arbeit verrichtet und nicht vom Staat erhalten werden muß.

Die Devise der großen Militärstaaten und besonders des Deutschen Reiches lautet aber: Möglichst viel Soldaten ständig in der Kaserne halten! Das ist also das gerade Gegenteil dessen, was man bei der allgemeinen Wehrpflicht tun sollte. Wir wollen an zwei Beispielen zeigen, wie unsinnig diese auch für die Friedensarmeen übertragene Zahlenwut ist. Nehmen wir einen Staat X. an, der bei dreijähriger Dienstzeit 600 000 Mann präsent hält, und einen Staat Y., der nur 300 000 Mann, aber bei einjähriger Präsenzzeit, ständig in den Kasernen hat. Die aktive Armee von X. ist also nochmal so stark als jene von Y. Setzen wir ferner voraus, daß beide Staaten im Kriegsfalle 20 Jahrgänge einberufen. Dann verfügt X., da jeder Jahrgang seiner Armee 200000 Mann zählt, nach vollzogener Mobilisierung über vier Millionen Soldaten. Die Abgänge durch Tod usw. lassen wir außer Betracht, weil sie für unsere Ausführungen belanglos sind. In Y. ist der Jahrgang hingegen 360 000 Mann stark und daher hat es im Kriegsfalle 6 Millionen Soldaten bereit. Y. bringt also durch eine Mobilmachung um 2 Millionen mehr auf die Beine als X., trotzdem es im Frieden um 300 000 Soldaten weniger präsent hält.

Man sieht an den beiden Exempeln, daß das immer mehr in Mode kommende Getue, als ob eine hohe Präsenzzahl von kolossalem Nutzen sei, keine Berechtigung hat. Der Schwerpunkt liegt vielmehr in der Stärke der Jahrgänge. Dabei ist es für die Kriegsstärke auch gleichgültig, ob 1 oder 2 oder 3 Jahrgänge ständig präsent gehalten werden.

Mit der Behauptung, daß die deutsche Armee im Kriegsfalle durch die Einführung der einjährigen Dienstzeit geschwächt würde, ist somit kein Staat zu machen. Und mit der anderen Behauptung, daß eine einjährige Dienstzeit zur Ausbildung der Truppen nicht genüge, ist bei Einsichtigen auch nicht viel auszurichten. Schon die Manöver beweisen ja alljährlich zur Genüge, daß sogar berittene Truppen in zehn Monaten ausgebildet werden können, denn die Kavalleristen des jüngsten Jahrganges reiten Patrouillenritte und Attacken ebensogut mit, wie jene des zweiten und dritten Jahrganges. Und wenn die körperliche Ausbildung der Jugend staatlich mehr gefördert und systematisch betrieben würde, so wäre es geradezu eine Leichtigkeit, die Soldaten in einem Jahre heranzubilden.

Das dürfen die Kriegsminister freilich nicht zugeben, weil sie damit den hohen Präsenzstärken, die jetzt so beliebt sind, das Todesurteil sprechen würden, denn hohe Präsenzstärken können nur mit einer zweijährigen und längeren Dienstzeit aufrecht erhalten werden. Das Deutsche Reich z. B. könnte mit einer einjährigen Dienstzeit die 661 000 Mann, die es künftig präsent halten will, nicht präsent haben, weil das deutsche Volk alljährlich 690 000 Taugliche — soviel müßten es inklusive der zum Ersatz für Abgänge durch Tod, Krankheit, Reklamationen usw. ausgehobenen Prozentmannschaften sein — nicht aufbringen kann.

Die seit einiger Zeit auch auf die Friedensverhältnisse übertragene Zahlenwut entfernt uns also von dem, was dem deutschen Volke bitter not ist, nämlich von der Verkürzung der Dienstzeit, immer mehr. Sie läßt auch den größten, eingangs erwähnten Vorteil der allgemeinen Wehrpflicht unter den Tisch fallen.

Gegen die hohen Präsenzzahlen muß daher besonders energisch Sturm gelaufen werden. Man muß dem Volk immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß eine Verkürzung der Dienstzeit so lange undurchführbar ist, als sie existieren.

Man lasse sich auch nicht mit dem Schreckgespenst Mobilmachung imponieren. Wenn die Mobilmachung nicht schnell genug vor sich geht, dann möge man sie auf andere Weise abkürzen, z. B. dadurch, daß die Sache so eingerichtet wird, daß der Weg, den die für die aktiven Truppenteile als Verstärkungsmannschaften bestimmten Reservisten zu ihren Regimentern usw. zurückzulegen haben, möglichst kurz ist. Ferner dadurch, daß die Reservisten und Landwehrmänner ersten Aufgebots ihre Uniformen, Mäntel, Mützen, Helme, Tornister selbst aufbewahren, damit sie bei einer Mobilmachung schon eingekleidet in die Kaserne kommen. Solche Maßregeln würden nichts kosten, während die Beschleunigung der Mobilmachung durch die Schaffung einer riesigen aktiven Armee Milliarden verschlingt.

Das Erbrecht des Staates.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Donnerstag die Beratung des Gesetzentwurfs über das Erbrecht des Staates fort. Die Abstimmung über den § 1 des Entwurfs der bestimmt, wann der Fiskus mangels eines Testaments gesetzlicher Erbe wird, war am Dienstag ausgesetzt worden. Gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen wurde der § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Zentrum und Konservative versuchten, in den § 4 die Bestimmung hineinzubringen, daß der Fiskus kein Erbrecht hat, wenn neben den Großeltern des Erblassers noch Abkömmlinge von den Großeltern in der Seitenlinie zur Erbschaft berufen sind. Diese Forderung wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Schwarz-Blauen. Weiter regelt der § 4, welche Haushaltungsgegenstände und daß solche des persönlichen Gebrauchs den Miterben vom Fiskus überlassen werden müssen, worunter auch Schriftstücke und Familienbilder fallen. Unter Ablehnung der Regierungsfassung wurde nach einem Antrage der Volksparteiler beschlossen: „Bei der Auseinandersetzung des übrigen Nachlasses muß sich der Fiskus die Abfindung für einen Erbteil in Geld gefallen lassen. Der Wert von Grundstücken ist hierbei auf 80 Hundertteile des gemeinen Wertes anzunehmen. Daneben steht den Großeltern in Ansehung von Grundstücken und von Geschäftsbetrieben ein Vorkaufsrecht zu.“

Nach der Regierungsvorlage sollte der Wert des Grundstücks auf 90 Hundertteile des Ertragswertes berechnet werden, wobei das Fünfundzwanzigfache des Reinertrags als Ertragswert gelten sollte. Das Zentrum hatte beantragt, gar nur das Zwanzigfache des Reinertrages in Anrechnung zu bringen. Es fand aber keine Mehrheit. Bemerkenswert ist, daß die Nationalliberalen bei diesem Entwurf für die Berechnung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem gemeinen Wert stimmten, während beim Gesetz über den Wehrbeitrag die Nationalliberalen sich mit dem Zentrum und den Konservativen dafür entschieden, daß landwirtschaftliche Grundstücke nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem zwanzigfachen Betrage des Reinertrags zum Wehrbeitrag veranlagt werden, wodurch den Agrariern eine Begünstigung zuteil wurde, die auf 30—50 Millionen geschätzt werden kann. Die veränderte Haltung der Nationalliberalen in der Kommission ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß an Stelle des agrarischen Herrn Paasche Herr Junck in die Kommission eingetreten ist.

Beim § 6 setzte die Opposition der Konservativen und des Zentrums noch einmal in voller Schärfe ein. Der springende Punkt ist folgende Bestimmung im Regierungsentwurf: „Ist in Fällen, in denen eine Verfügung von Todes wegen infolge Mangels in der Form nichtig ist, anzunehmen, daß die Verfügung des letzten Willen des Erblassers tatsächlich entspricht, so ist nach näherer Bestimmung des Bundesrats der infolge der Nichtigkeit des Fiskus als gesetzlichen Erben zugefallene Erwerb ganz oder teilweise denjenigen zuzuwenden, an die der Erwerb im Falle der Gültigkeit der Verfügung gelangt sein würde.“ Der Bundesrat soll auch darüber bestimmen, inwieweit der Nachlaß eines Erblassers den durch dieses Gesetz ausgeschlossenen Erben zuzuwenden ist, wenn der Erblasser nicht in der Lage war, ein Testament zu errichten.

Die Volksparteiler beantragten, diese letztere Bestimmung zu streichen und folgenden neuen Paragraphen einzufügen: „Ist der Erblasser verstorben, bevor er das 21. Lebensjahr vollendet hat oder ist er vom vollendeten 16. Lebensjahre an bis zu seinem Tode testierunfähig gewesen, so tritt das Erbrecht des Fiskus nicht ein. Der Bundesrat trifft nähere Bestimmungen darüber, inwieweit in anderen Fällen der Nachlaß eines Erblassers den durch dieses Gesetz von der Erbfolge ausgeschlossenen Erben aus Gründen der Billigkeit zuzuwenden ist, insbesondere wenn der Erblasser zeitweise testierunfähig war oder plötzlich verstorben ist.“

Das Zentrum stellte diese Anträge: „Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die gesetzliche Erbfolge der Verwandten bleiben unberührt, wenn der Erblasser nicht fähig war, ein Testament zu errichten oder wenn das vom Erblasser errichtete Testament infolge Mangels der Form nichtig ist; ebenso wenn die Zuwendung an eine juristische Person erfolgen soll, die nach landesgesetzlicher Vorschrift für den Erwerb durch die juristische Person erforderliche staatliche Genehmigung aber verweigert wird.“

Die volksparteilichen Anträge fanden Annahme, die des Zentrums wurden abgelehnt.

Das Zentrum griff nun zu einem neuen taktischen Schachzug, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Es beantragte, in den Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch die Bestimmung zu streichen, wonach Zuwendungen durch Testament an juristische Personen, Stiftungen, Kirchen usw., wenn sie den Betrag von 5000 Mk. übersteigen, der Genehmigung des Fiskus bedürfen. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie prinzipiell dem Zentrumsantrage zustimmen, weil das Genehmigungsrecht des Fiskus zu bekämpfen ist und abgeschafft werden sollte. Weil aber das Zentrum im vorliegenden Falle mit seinem Antrage nur beabsichtige, durch die Aufnahme einer solchen Bestimmung das Gesetz über das Erbrecht des Staates zu Fall zu bringen, werden sie gegen den Antrag stimmen, vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung in der zweiten Lesung. Mit 14 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag des Zentrums abgelehnt.

Nach der Regierungsfassung sollen von der aus dem Erbrecht des Fiskus erzielten Reineinnahme das Reich 75 vom Hundert, der Bundesstaat, dessen Fiskus Erbe ist, 25 vom Hundert erhalten. Die Sozialdemokraten beantragten: „Von der aus dem Erbrecht des Fiskus erzielten Reineinnahme erhält das Reich 60 vom Hundert, der Bundesstaat, dessen Fiskus Erbe ist, als Vergütung für die Kosten der allgemeinen Verwaltung 30 vom Hundert, die Gemeinde von dem in ihrem Gemeindebezirk befindlichen Erbgut 10 vom Hundert. Die den Gemeinden zu gewährende Vergütung ist aus der dem Bundesstaate zukommenden Vergütung zu bestreiten. Der den Gemeinden zufallende Anteil darf nicht für Pflichtaufgaben der Gemeinden verwendet werden. Was als Reineinnahme anzusehen ist, bestimmt der Bundesrat.“

Gegen die Stimmen der Konservativen wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, der, falls die Vorlage Gesetz werden sollte, den Gemeinden zur Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben Mittel zuführen wird. — Abgelehnt wurde die Regierungsforderung, daß der Fiskus als Erbe von den Stempelabgaben befreit sein soll. — Abgelehnt wurde auch folgender Antrag des Zentrums: „Die aus der Verwertung der Nachlaßgegenstände erlangten Gelder sind vom Fiskus zu Stiftungen für die Aufgaben der Fürsorgeerziehung und der Armenpflege zu verwenden.“ Die Annahme dieses Antrages würde dem Reich keine Mittel bringen, womit der Zweck des Gesetzes vereitelt wäre.

Damit war die erste Lesung beendet.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Militärdebatte.

Das Kompromiß in der Deckungsfrage, an dem nun schon seit Tagen gearbeitet wird, ist seiner Vollendung nahe, und bei dem Festessen, das der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes gestern abend gab, werden wohl die letzten Schwierigkeiten überwunden worden sein.

Es ist charakteristisch für die ganze Stellung der Mehrheit zum Militarismus, die all seinen Forderungen sich willenlos ergibt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg es sich ersparen konnte, bei dieser zweiten Lesung der Wehrvorlage irgendwelche Gründe beizubringen, die auf die Vorlage selbst, also auf die Heeresverstärkung, Bezug gehabt hätten und daß er überhaupt nur erschien, um in dunklen Andeutungen von den Deckungsschwierigkeiten zu reden. Genosse Ledebour wies in der scharfpointierten Rede, mit der er — nach einigen Bemerkungen des Kriegsministers und nach einer hurrapatriotischen Ansprache des Antisemiten Herzog — die Debatte weiterführte, gerade auf diesen überaus bezeichnenden Mangel hin. Er gab allerdings auch die wirklichen Gründe für dieses Stillschweigen an. Auf die internationale Lage, wie sie durch die Schaffung des Balkanbundes sich gebildet hat, hatte sich bei der ersten Lesung der Vorlage der Reichskanzler bezogen. Unser Redner erinnerte daran und machte darauf aufmerksam, daß freilich heute dieses scheinbare Argument nicht mehr gezogen werden könnte, wo die ganze innere Brüchigkeit des Balkanbundes sich erwiesen hat. Herrn Erzberger, der in Ermangelung solcher Motive den französischen Chauvinismus und die militärischen Absichten Frankreichs hervorgeholt hatte, konnte Genosse Ledebour die wirklich unbestreitbare Tatsache entgegenhalten, daß diese Maßnahmen nur der deutschen Vorlage gefolgt sind,

jedenfalls ohne diese Vorlage nicht die mindeste Aussicht auf Durchführung hätten. Daß Kriegsgefahren vorhanden sind, werden gewiß die Sozialdemokraten nicht bestreiten. Aber nach unserer Meinung ist ein derartig politisches Problem auch politisch zu lösen durch eine vernünftige Pflege internationaler Beziehungen.

Ledebour behandelte auch in ausführlichen Darlegungen unsere Stellung zu den oft behaupteten Absichten, eine Auflösung des Reichstags herbeizuführen, und er unterstrich besonders, wie willkommen uns die Befragung der Volksmassen sein müßte. Die Rechte und das Zentrum bemühten sich, ihre Zweifel an dieser Erklärung durch Gelächter kundzutun, aber sie schwiegen bald, als unser Redner ihnen auseinandersetzte, daß wir immer und von jeder Wahl den Nutzen haben, weil wir so die ausgezeichnete Gelegenheit zur Verbreitung unserer Anschauungen erhalten. Für das Riesenopfer, das sie dem Volke zumutet, will die Regierung nicht einmal die Kompensation größerer Rechte geben. Genosse Ledebour kam auf die Debatte über das preußische Wahlrecht und das uneingelöste Königswort zurück, und trotz des Widerstandes eines Präsidenten, der sich gestern wie jedesmal durch ein merkwürdig ungeschicktes Eingreifen blamiert hat, erhob aufs neue der sozialdemokratische Redner, unterstützt von dem anhaltenden Beifall der ganzen Fraktion, die Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, und unter der Aufmerksamkeit gerade der Rechten kündigte er zu seiner Erholung die Anwendung der schärfsten Kampfmittel an. Der Kriegsminister v. Heeringen brach dann noch eine Ulanenlanze für die drei Reiterregimenter und versicherte — nach Mansfeld und Westfalen! — daß es lächerlich sei, von einem Aufgebot der Armee gegen den inneren Feind zu sprechen. Dann verkündete Herr Fischbeck unter allerlei oppositionellem Getue gegen die Gardejunker und ihre Regierung, daß die Volkspartei die Vorlage annehmen werde. Ihr ganzer Trotz gegen den Bethmannschen Kommandoton tobt sich in der Streichung der drei Kavallerieregimenter aus! Freitag Weiterberatung.

Die Kulissenarbeit ist noch nicht beendet.

Über die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteiführern im Reichstage wegen einer Verständigung in der Steuerfrage berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger" vom Donnerstag abend:

„Die Verständigung ist gesichert. Bei den Kompromißverhandlungen haben sich die beteiligten Parteiführer nicht nur auf die neuen Steuervorlagen beschränkt, sondern auch die letzte Steuerreform noch einer Prüfung unterzogen mit dem Ergebnis, daß man sich entschloß, die Wertzuwachssteuer, die so viel Verdruß und Ärger und so wenig Nutzen brachte, aufzuheben und den Besitzwechselstempel auf die Hälfte herabzusetzen. Über eine Aufhebung des Schecksstempels, wie sie von den Liberalen gewünscht wird, schweben noch die Verhandlungen. Auch die Regierungsvorlage über die Vermögenszuwachssteuer, den Eckstein des ganzen Kompromisses, hat man einer durchgreifenden Änderung unterzogen: auf der einen Seite hat man, wie wir hören, die Grenze — die Vorlage sieht 2000 Mk. vor — erheblich hinaufgesetzt, auch die von der Regierung vorgeschlagenen Steuersätze höher gestaffelt, andererseits hat man aber auch manche Erleichterung beschlossen. Bezüglich des Wehrbeitrags dürfte an den in erster Lesung in der Kommission geschaffenen Bestimmungen nicht mehr viel geändert werden, wohl aber hat man sich dahin geeinigt, für den Fall, daß nach den beiden ersten Raten ersichtlich ist, daß eine höhere Summe als eine Milliarde herauskommt, die letzte Rate entsprechend herabzusetzen.

In seiner gestrigen Fraktionssitzung hat das Zentrum sich zustimmend zu den Kompromißvorschlägen geäußert, von den Freisinnigen hören wir das gleiche. Die Nationalliberalen hielten heute früh eine Sitzung ab, auch sie sind entschlossen, für das Kompromiß einzutreten. Da dieses aber in seinen sämtlichen Einzelheiten noch nicht feststeht, so können endgültige Beschlüsse natürlich noch nicht gefaßt werden. Im Laufe des heutigen Tages dürfte aber auch hierüber eine Einigkeit erzielt werden. Am Abend finden wieder Fraktionssitzungen statt."

Der „diplomatische" Kanzler.

Wenn die Kunst des Diplomaten darin besteht, so zu reden, daß die entgegengesetzten Auffassungen die Rede für sich in Anspruch nehmen können, so hat sich Bethmann mit seiner Reichstagsrede vom Mittwoch als großer Diplomat erwiesen. Die klerikale „Kölnische Volkszeitung" reklamiert ihn für sich.

„Wenn die Worte des Kanzlers einen Sinn haben sollen, so müssen sie bedeuten, daß der Reichskanzler die Wehrvorlage ohne Deckung nicht annehmen kann und mit den gleichen Konsequenzen beantworten muß, wie überhaupt keine Bewilligung der Wehrvorlage. Das ist ganz der Standpunkt des Zentrums, den es immer vertreten hat. Die Wehrvorlage ohne Bereitstellung der Mittel dafür ist wertlos und darum unannehmbar für einen gewissenhaften, verantwortungsvollen Politiker. Der Reichskanzler kündigt mit erhobener Stimme an, daß er mit allen Mitteln sich für rechtzeitige Annahme der Wehrvorlage einsetzen werde. Da wir Herrn von Bethmann-Hollweg bisher immer für einen offenen, ehrlichen Politiker gehalten haben, dem die Pflicht gegen das Vaterland ernste Gewissenssache ist, zweifeln wir keinen Augenblick an dem Ernst und der bestimmten Absicht des Reichskanzlers, klärend zu wirken und den Parteien ein letztes Wort zur Einigung über die Deckungsfrage zuzurufen."

Die nationalliberale „Kölnische Zeitung", die in der Deckungsfrage ganz anderer Meinung ist als das Zentrum, äußert sich in gleich befriedigter Weise über die Rede des Reichskanzlers. Auch sie ist zufrieden mit seinen Ausführungen und meint, wenn heute der Erfolg noch ausbleibe, so liege es sicher nicht am Reichskanzler.

Also, mehr ist nicht zu verlangen, als daß Bethmann-Hollweg es sowohl dem Zentrum als auch den Nationalliberalen recht macht. Fraglich bleibt nur, was bei dieser Harmonie herauskommen wird.

Die Eröffnung des Preußen-Parlaments.

Donnerstag vormittag versammelten sich die Mitglieder des Herren- und des Abgeordnetenhauses im Sitzungssaale der Dreiklassenkammer. Die Mitglieder des Staatsministeriums mit Herrn von Bethmann an der Spitze marschierten in ihren blauen Ministerfräcken und mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen herein. Bethmann erklärte die Session im Auftrage des Königs für eröffnet und hielt dann eine lange Jubiläumsrede. Darauf brachte der bisherige Herrenhauspräsident v. Wedel das übliche Hoch auf den König aus und damit war die Eröffnung des Landtages zu Ende. Angesichts des rein höfischen Charakters dieser Eröffnungssitzung nahmen die 10 Sozialdemokraten natürlich nicht daran teil. Unmittelbar nachher trat ein vom Alterspräsidenten v. Strombeck einberufener Seniorenkonvent zusammen, dem als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Hirsch beiwohnte. Um 1 Uhr mittags fand die konstituierende Sitzung statt. Am Sonnabend dürfte die Wahl des Präsidenten sein.

Graf v. Posadowsky ist kein Ausschußmitglied der „Atlaswerke".

Dem „Berliner Tageblatt" wird mitgeteilt, daß Graf v. Posadowski-Wehner, der dem Gründungsausschuß der „Atlaswerke" angehörte, nicht identisch mit dem Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretär Graf v. Posadowsky, sondern in Lomnitz bei Breslau ansässig und Vorstandsmitglied des Schlesischen Automobilklubs ist.

Die Stichwahl im Wahlkreis Waldeck-Pyrmont

ist auf den 19. Juni angesetzt.

Wenn der Kaiser reist!

Die „Grenzboten" fahren fort, Veröffentlichungen aus den hinterlassenen Aufzeichnungen Kiderlen-Waechters zu bringen. Im neuesten Heft der genannten Zeitschrift wird zunächst auseinandergesetzt, welche Schwierigkeiten Fürst Bismarck den Reiseplänen des jungen Kaisers entgegensetzte. Als der Kaiser 1889 seinen Willen durchsetzte, eine Nordlandsreise zu machen, gab ihm Bismarck seinen Sohn Herbert, den damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts zur Beaufsichtigung mit. Die Berichterstattung über die Reise wurde dem Geheimen Legationsrat v. Kiderlen-Waechter übertragen. In einem Brief an seine Schwester stöhnt Kiderlen-Waechter über die Arbeit, die ihm damit aufgebürdet wurde. Die Berichte gingen an die „Köln. Ztg.", und Kiderlen bemerkt dazu in seinem Briefe:

„An der Länge derselben könnt Ihr sehen, was es mir für Mühe macht. Aber der Kaiser drängelt immer danach, ich muß sie ihm vorlesen; er gibt dann auch seine Wünsche dazu, und dann gehen die Abschriften an die Kaiserin. Die Gegendbeschreibungen finde ich besonders langweilig, aber auf die hält gerade der Kaiser viel. Momentan schwelgt er in Frithjofssage und Fischen, deren er heute fünf gefangen."

Kiderlen schildert dann weiter, wie auf dem Schiff von der 38 Mann starken Schiffskapelle ungemein viel musiziert wird, besonders in den Häfen, wo Hunderte von Booten sich um das Kaiserschiff drängen, während ihre Insassen gespannt lauschen und stets Beifall klatschen, wenn die norwegische Nationalhymne ertönt. Wie man sich an Bord die Zeit vertreibt, das schildert Kiderlen-Waechter recht amüsant in dieser Weise:

„Mein Geburtstag war doch nachträglich herausgekommen und wurde am 11. Juli nachträglich durch ein von Leutnant von Hülsen vorgetragenes Gedicht gefeiert, worauf sich der Kaiser erhob und mit mir anstieß.

Auf Anstiften Waldersees schenkte mir die Tischgesellschaft einen großen Porzellanhumpen. Ich hoffe, daß Ihr über unsere Erlebnisse genügend durch meine Reiseberichte in der „Kölnischen" informiert seid, und mich auch in dem, „in Sandven zur Kurweilenden Landsmann" erkannt habt.

Die Abende verlaufen harmlos, teils musikalisch (!!), teils zaubert Hülsen etwas vor, teils muß man irgend etwas aufführen: ich habe schon den Zwerg aufgeführt und zum allergrößten Gaudium des Kaisers das Licht ausgelöscht!!"

Kiderlen hat diese Nordlandsreisen zehnmal, Fürst Eulenburg sogar zwölfmal mitgemacht. Es ist bekannt, daß Kiderlen-Waechter, angeblich eines derben Spaßes wegen, beim Kaiser in Ungnade fiel und dann nach Bukarest in „die Verbannung" geschickt wurde.

Opposition des Handels gegen die Kommissionsbeschlüsse.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft wenden sich gegen den Wehrbeitrag. In einer Kundgebung dieser Körperschaft heißt es u. a.: „Die Vorschläge der Budgetkommission belasten Handel und Gewerbe, die mit schwankenden Erträgnissen rechnen müssen, in so unerträglicher Weise, daß daraus die schwersten Schädigungen für Handel und Gewerbe entstehen müssen; namentlich werden auch die kleinen Gewerbetreibenden, die auf die Ausnutzung der eigenen Arbeitskraft angewiesen sind, außerordentlich schwer zu leiden haben. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin sind daher der Meinung, daß zu den Grundsätzen der Regierungsvorlage, sowohl was die Besteuerung des Vermögens wie die Heranziehung des Einkommens anlangt, zurückgekehrt werden muß. Die Beschlüsse der Budgetkommission werden in den weitesten Kreisen der Gewerbetreibenden ein Gefühl der Erbitterung hervorrufen."

Auch die Handelskammer in Duisburg wendet sich scharf gegen die Kommissionsbeschlüsse. Es wird gesagt: „Die Beschlüsse werfen die von der Regierung zur Frage des Wehrbeitrages gegebene Begründung völlig über den Haufen und würden bei endgültiger Annahme die wirtschaftliche Weiterentwickelung unseres Vaterlandes geradezu gefährden sowie das Gefühl der Rechtssicherheit dauernd verletzen."

Ja, ja, wenns an den Geldbeutel geht!

Gegen den Spionagegesetzentwurf.

Die deutschen Zeitungsverleger, die Mittwoch in Bremen tagten, nahmen zu dem Spionagegesetzentwurf Stellung. Sie beschlossen:

„Der Verein deutscher Zeitungsverleger erhebt lebhaften Widerspruch gegen den § 9 des Entwurfs eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse und gegen jede gesetzliche Bestimmung oder behördliche Maßnahme, die eine Ausschaltung der die Armee und Marine betreffenden Nachrichten und Artikel aus den Zeitungen herbeizuführen geeignet ist. Er erkennt es als eine selbstverständliche, übrigens bisher schon in hohem Me[illegible] geübte vaterländische Pflicht der Presse an, bei der Wi[illegible]dergabe von Mitteilungen, welche die Landesverteidigung betreffen, die größte Sorgfalt walten zu lasse[illegible] Die Erreichung dieser Absicht wird aber nur möglich sei[illegible] wenn die Behörden im Gegensatz zu bisher vielfach g[illegible]übter Zurückhaltung in Zukunft gegenüber den Aufgabe[illegible] der Presse im Dienste der Allgemeinheit in dieser B[illegible]ziehung mehr verständnisvolles Entgegenkommen beku[illegible]den und Einrichtungen schaffen, die den Verkehr zwische[illegible] Militärbehörden und Zeitungen in zweckmäßiger u[illegible] würdiger Weise regeln."

Die „liberalen" Alten gegen die Jungen.

Die nationalliberale Parteileitung Westfalens we[illegible]det sich in ihrer Korrespondenz vom Mittwoch heft[illegible] gegen die Haltung der Jungliberalen bei den Landtag[illegible]wahlen. Die Freude, die man über den Gesamterfol[illegible] der Partei wie über den von der ausgesprochenen Ge[illegible]nerschaft gegen die Sozialdemokratie geführten Wah[illegible]kampf haben dürfe, sei gestört durch die Jungliberalen. Der jungliberale Reichsverband habe sich in seinen jung[illegible]liberalen Blättern scharf gegen die in der Partei ei[illegible]mütig angenommene Stichwahlparole gewandt. Dami[illegible] habe sich wieder einmal die jungliberale Auffassung i[illegible] schärfsten Gegensatz zu der Auffassung der Gesamtpart[illegible] gezeigt. Gegenüber der jungliberalen Forderung a[illegible] Nichtunterstützung der Konservativen, weil diese de[illegible] Liberalismus ebenso fern stünden wie die Sozialdem[illegible]kraten, könne wohl als Auffassung der überwältigende[illegible] Mehrheit der Gesamtpartei gesagt werden, daß der, de[illegible] sich diese jungliberale Auffassung zu eigen mache, aufhör[illegible] Nationalliberaler zu sein. Ueber die in den junglibe[illegible]ralen Blättern vertretene Ansicht lasse sich auch gar nic[illegible] einmal debattieren, denn hier könnten Gefühlsmoment[illegible] mitsprechen, die eine Einigung unmöglich machen.

Liberale Bettelseelen.

Mit dem Verfall des oberfränkischen Liberalismu[illegible] befaßten sich am Freitag, Samstag und Sonntag i[illegible] Reistagswahlkreis Bayreuth vierzehn öffentliche, sehr stark besuchte Volksversammlungen, in denen es zu lebhaften Auseinandersetzun[illegible]gen mit den liberalen Diskussionsrednern kam. Di[illegible] Ursache ist folgendes:

Der liberale Wahlkreisausschuß Bayreuth hat vo[illegible] einigen Wochen ein „vertrauliches" Rundschreiben a[illegible] „Industrie, Handel und Gewerbe" versandt, worin um Geldspenden für ein zu errichtendes liberales Parteisekretariat zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gebettelt wurde. Es heißt in dem interessanten Schriftstück:

Vertraulich. Bayreuth, Datum des Poststempels.

An die Firma der Adresse.

Sehr geehrter Herr!

Der Reichstagswahlkreis Bayreuth-Berneck-Wunsiedel ist bei den letzten Reichstagswahlen in den Besitz der Sozialdemokratie übergegangen. Jeden Vaterlandsfreund muß dies tief betrüben, jeder ihrer Gegner hat ein gewaltiges Interesse daran, diesen Wahlkreis den derzeitigen Inhabern wieder abzunehmen, um der drohend überhand nehmenden Macht der Sozialdemokratie, soweit es an uns liegt, Halt zu gebieten und sie zurückzudrängen.

Am unmittelbarsten fühlt den Druck dieser Macht Industrie, Handel und Gewerbe, die mit großen Massen größtenteils sozialdemokratischer Arbeiter zu arbeiten haben. Umso wohltuender würden daher gerade sie es empfinden, wenn dieser Druck von Ihnen (!) genommen würde. Daraus ergibt sich aber auch, daß jene drei Faktoren in erster Linie mit helfen müssen, wenn es gilt, der Sozialdemokratie entgegen zu treten."

Es wird dann ausgeführt, daß zur Bekämpfung und Niederringung der Sozialdemokratie liberale Parteisekretäre angestellt werden müssen, wie es bereits im Nachbarkreise Hof geschehen ist, wo auch das Unternehmertum die Kosten für das liberale Sekretariat trägt. Dann wird weiter mit erstaunlicher Offenheit gesagt:

„Die Wahlkreisleitung ist der Ueberzeugung, daß das, was in Hof möglich ist, auch im Wahlkreis Bayreuth nicht unmöglich sein kann, und noch viel weniger glauben wir, daß bei uns Industrie, Handel und Gewerbe an Opferwilligkeit für diesen großen Zweck irgend einem anderen Wahlkreis nachstehen werden, und die 10 bis 200 Mark, die jährlich auf die einzelnen Firmen im schlimmsten Falle träfen, dürften den Vorteilen gegenüber, die den Zeichnern daraus erwachsen, sicher eine rentable Kapitalanlage sein."

Dann wird den Geldgebern versichert, daß sie einen Vertrauensmann in den aus insgesamt nur drei Personen bestehenden „Geschäftsausschuß" für das zu gründende Parteisekretariat entsenden dürfen und so dem Sekretär seinen Arbeitsplan vorschreiben und seine Tätigkeit mit überwachen können.

Dieser skandalöse Kniefall der Liberalen vor den Geldschränken des Unternehmertums hat ungeheures Aufsehen erregt. Die Versammlungen waren trotz der ungünstigen Zeit glänzend besucht. Die Liberalen mühten sich mit stundenlangen Reden ab, um die Sache als ganz harmlos hinzustellen. Ihre Verteidigungsversuche gingen aber überall in brausender Heiterkeit unter.

Inzwischen haben die Liberalen wohl soviel Geld bekommen, wie sie brauchten, denn sie haben einen Herrn Stadler, früher in Bochum und Hannover, als Sekretär angestellt. Der Schaden, der den Liberalen Oberfrankens aber durch ihre Entlarvung als eine von Unternehmern bezahlte Partei zugefügt worden ist, kann durch alle Arbeit des angestellten Sekretärs nicht wieder gut gemacht werden.

Holland.

Provinzialwahlen. Mitten in der Wahlkampagne für das Parlament fallen die Wahlen für die Provinzialvertretungen. Am Dienstag fand die erste dieser Wahlen in der Provinz Overyssel statt. Sie brachte unserer Partei einen großen Stimmenzuwachs, der zu den schönsten Hoffnungen für die Parlamentswahlen berechtigt. So stiegen unsere Stimmen im Wahlkreis Enschede seit drei Jahren

von 3072 auf 4722, im Wahlkreis Almelo von 626 auf 1343, im Wahlkreis Zwolle von 421 auf 1192. In den Kreisen Deventer und Oldenzaal, wo wir 1910 noch zu schwach waren, um Kandidaten aufzustellen, erhielt die Partei jetzt 753 und 539 Stimmen.

Dänemark.

Das Kabinett Berntsen hat dem König seine Demission überreicht, die angenommen wurde. Vorläufig führt das Ministerium die Geschäfte weiter. Der König will nun wegen der künftigen Zusammensetzung des Kabinetts mit den Parteiführern des Folkething konferieren. — Dänemark ist ein wildes Land!

Norwegen.

Das Frauenwahlrecht. Am Mittwoch beschloß das norwegische Storthing einstimmig, daß den Frauen dasselbe Wahlrecht gewährt wird, welches die Männer haben. Die Zahl der Wahlberechtigten erhöht sich dadurch um rund 225 000.

Balkan.

Der Zar als Vermittler. In einem Schreiben an den bulgarischen und serbischen Gottesgnadenmann bietet der Zar an, die Entscheidung über die Streitfragen Rußland zu überlassen. **Er bezeichnet einen eventuellen Krieg als einen verbrecherischen. Bulgarien und Serbien haben den Schiedsspruch angenommen. Es dürfte also Aussicht vorhanden sein, daß ein Blutvergießen unterbleibt.**

Marokko.

Neue Kämpfe haben bei Laurient stattgefunden. **Auf Seiten der Spanier wurden 2 Offiziere und 20 Soldaten getötet.**

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 13. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

Wer hat Haushaltungsbücher geführt? Das Statistische Amt in Lübeck bittet hierdurch alle diejenigen Arbeiter, die in den Jahren von 1903 bis 1908 Haushaltungsbücher geführt haben, ihm solche zum Zwecke einer Statistik über die Preissteigerung von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. Diskretion ist selbstverständlich. Wir können diesen Wunsch nur unterstützen und ersuchen unsere Leser, die im Besitz solcher Bücher sind, diese dem Statistischen Amte zur Verfügung zu stellen. Die Übermittelung hat das Arbeitersekretariat übernommen und sind dort die Bücher abzugeben.

Die Bureaus der Behörden Lübecks werden am Montag, dem 16. Juni, von 1 Uhr nachmittags ab geschlossen sein.

Lübeck im Berliner Museum für Meereskunde. Die preußische Landeskunstkommission hat beschlossen, drei Berliner Künstler aufzufordern, Entwürfe zu Wandgemälden zu schaffen, die alte berühmte Häfen darstellen und im historischen Saal des Museums gezeigt werden sollen. Walzer soll Lübeck im 16. Jahrhundert, Sanndrock Venedig im 14. Jahrhundert und Sandkuhl das Amsterdam des 17. Jahrhunderts darstellen.

Vom Wassergeld. Die Erhöhung des Wasserpreises zur Herstellung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltsetats hatte ein Ersuchen an den Senat gezeitigt, in eine Prüfung darüber einzutreten, in welcher Weise es sich ermöglichen lasse, das Wassergeld künftig von den einzelnen Haushaltungen zu erheben. Der Senat hatte die Verwaltungsbehörde mit der Prüfung dieser Frage beauftragt und diese hat jetzt berichtet, daß die Erhebung des Wassergeldes von den einzelnen Haushaltungen, anstatt wie bisher von den Hauseigentümern, nur unter der Voraussetzung möglich sei, daß für jede Wohnung ein eigener Wassermesser eingebaut wird. Die einmaligen Kosten dieses Einbaues sowie die regelmäßige Vermehrung der Arbeit der Kontrolle der Wassermesser und dem Einkassieren des Wassergeldes seien aber so groß, daß sie zu der den Hauseigentümern erwachsenden Erleichterung in keinem Verhältnis stehen würden. Der Senat ist deshalb zu der Überzeugung gekommen, daß es bei dem bisherigen Verfahren sein Bewenden haben müsse. Der Bürgerausschuß hat eine Besprechung der Angelegenheit verlangt, die in der nächsten Sitzung erfolgen soll.

Handelsregister. Am 12. Juni 1913 ist eingetragen 1. die Firma Kaufhaus Hermann Kampff, Lübeck und als deren Inhaber der Kaufmann C. F. H. H. Kampff in Lauenburg an der Elbe. 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Lübecker Sanitäts-Milchkuranstalt „Zum Schweizerhof" Baumann u. Co., Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Der Wettersturz. Der im Juni bei uns selten ausbleibende Kälterückfall hat sich auch in diesem Jahre mit beinahe mathematischer Pünktlichkeit eingestellt. Nach einer längeren Periode warmen und sommerlichen Wetters ist im Laufe der Woche ein sehr empfindlicher Rückschlag eingetreten, der uns kühles, regnerisches und stürmisches Wetter gebracht hat. Während in der Vorwoche die Temperaturen täglich 25 Grad Wärme überschritten, vielfach sogar 30 Grad Celsius erreichten, sind in den letzten Tagen die Wärmeverhältnisse erheblich unter den normalen Werten geblieben. Donnerstag mittag überstieg das Quecksilber in weiten Teilen Norddeutschlands kaum 10 Grad, blieb zum Teil sogar noch darunter. Dabei wehten im größten Teil des Landes, vor allem in Norddeutschland sowie im Küstengebiet der Nord- und Ostsee, stürmische Winde, zunächst aus südwestlicher, dann aus westlicher und nordwestlicher Richtung, unter deren Einfluß die Temperaturen weiter zu sinken scheinen. Lediglich im Südwesten waren bisher die Wärmeverhältnisse ungefähr normal; in Oesterreich-Ungarn herrschte Sturm der Stärke VIII, an der mittleren Ostsee zeitweilig sogar der Stärke IX. der zwölfteiligen Skala. Die im ganzen Lande niedergegangenen Regenfälle fielen zum Teil in Form starker Schauer. Den Anlaß des Wettersturzes hat der Vorbeigang zweier tiefer Depressionen gegeben, von denen die erste bereits wieder nach dem Nordosten abgezogen ist, während die zweite auf ihrem Zuge durch das Nord- und Ostseegebiet der vorangegangenen langsam folgt. Dieses zweite Minimum wies zeitweilig im südlichen Norwegen einen niedrigsten Druck von 735 Millimeter auf, war also für die gegenwärtige Jahreszeit recht tief. Das Maximum von 770 Millimeter Höhe hat sich, wie immer bei dieser Wetterlage, nach dem Atlantik zurückgezogen und dringt nun mit feuchtkühlen Seewinden hinter dem abziehenden Wirbel wieder nach dem Kontinent vor. Da aber südwestlich von Island schon eine weitere Depression erschienen ist, so ist es recht fraglich, ob die unfreundliche Witterung sobald schon ihr Ende erreicht.

Der Verein der Musikfreunde erstattete in seiner gestrigen Versammlung den Jahresbericht über das 17. Jahr seines Bestehens. Danach ist das finanzielle Ergebnis der verflossenen Spielzeit ein so günstiges gewesen, daß trotz erhöhter Ausgaben noch 2128,68 Mk. von dem bewilligten Staatszuschuß wieder an die Stadtkasse abgeführt werden können. Der Verein besteht zurzeit aus 784 Mitgliedern, gegen 781 im Vorjahre, und zwar 118 ordentlichen (im Vorjahre 120) und 666 außerordentlichen (im Vorjahre 661). Für die 8 Sinfoniekonzerte wurden 249 Abonnementskarten und 30 ständige Freikarten ausgegeben, während im Vorjahre 240 Abonnenten vorhanden waren und 38 ständige Freikarten zur Ausgabe gelangten. Die Zahl der ausgegebenen Einzelkarten betrug 1966, gegen 1527 im Vorjahre. Zu den Hauptproben wurden 1557 Karten gelöst, gegenüber 987 im Vorjahre. Die Hauptproben waren, von den Mitgliedern des Vereins abgesehen, durchschnittlich von 195 Personen besucht, während im Vorjahre die Zahl der zahlenden Zuhörer 123 betrug. Der Gesamtbesuch der Sinfoniekonzerte belief sich auf 4821 Personen, gegen 4381 im vergangenen Jahre, der durchschnittliche Besuch auf 603 Personen, gegen 548 im Vorjahre. Die Einnahmen aus den Sinfoniekonzerten, einschließlich der Hauptproben, haben 9456,80 Mk. (in der Spielzeit 1911/12 7314,10 Mark) betragen. Volkstümliche Konzerte wurden im vergangenen Jahre insgesamt 31 veranstaltet. Außerdem veranstaltete der Verein ein Volksschülerkonzert, bei dem der Lehrergesangverein mitwirkte. Das vorgesehene Konzert für den Arbeiterbildungsverein mußte ausfallen, weil der Theaterdirektor am fraglichen Sonntag das Orchester in Anspruch nahm. Die Gesamtzahl der Besucher der 31 volkstümlichen Konzerte betrug 32 560 Personen (im Vorjahre 32 468), die Durchschnittszahl für das einzelne Konzert 1050 Personen (im vergangenen Jahre 1047). Die volkstümlichen Konzerte brachten einen Gesamtbetrag von 13 009,55 Mk. Der Durchschnittsertrag eines Konzerts betrug 433,65 Mk. (393,43 Mk. im Vorjahre). Der philharmonische Chor bestand zu Anfang des Jahres aus 206 Mitgliedern (134 Damen und 72 Herren). 30 Damen und 27 Herren schieden im Laufe des Jahres aus, während 60 Damen und 39 Herren eintraten, so daß der Mitgliederbestand sich am Schlusse des Jahres auf 164 Damen und 84 Herren belief. Die Konzerte des Chors waren insgesamt von 1271 Personen (im Vorjahre 830), das einzelne Konzert durchschnittlich von 636 Personen (im Vorjahre 415) besucht. Die Hauptproben erbrachten eine Einnahme von 1093,10 Mk. (im Vorjahre 538,95 Mk.), die Konzerte eine solche von 2286,60 Mk. (im Vorjahre 1240,95 Mk.). Die Konzerte werden in der kommenden Spielzeit wieder im Kolosseum stattfinden.

---

w. **Mölln.** In der gestrigen Schöffengerichtssitzung wurde u. a. auch der Einspruch des Gastwirts Fey vom Kolosseum gegen einen polizeilichen Strafbefehl von 10 Mark, den Fey erhalten hatte, weil er am 1. Mai in seinem Lokale ein öffentliches, genehmigungspflichtiges Vergnügen ohne polizeiliche Genehmigung habe stattfinden lassen, verhandelt. Bekanntlich wurde den hiesigen Genossen der Umzug sowie jede andere Festlichkeit am 1. Mai vom Bürgermeister verboten. Der Ortsverein Mölln arrangierte dann ein geschlossenes Vereinsvergnügen, zu dem Einführungen gestattet und die Einladungskarten vorher ausgegeben und bezahlt wurden. In einer hierüber vor Stattfinden des Vergnügens erfolgten Aussprache, erklärte der Bürgermeister dem Gen. Wagner als Vorsitzenden des Ortsvereins, „ein politischer Verein könne keine geschlossene Gesellschaft bilden, das Vergnügen dürfe nicht stattfinden". Der Gen. Wagner erklärte demgegenüber, daß bei der Mitgliederzahl des Ortsvereins der Begriff der geschlossenen Gesellschaft gegeben sei; und als der Bürgermeister auf Anfrage erklärte, daß er das Vergnügen nicht durch Polizeigewalt verhindern werde, wurde ihm mitgeteilt, daß es abgehalten werden würde. Das Vergnügen hat denn auch stattgefunden. Einige Tage nach dem 1. Mai erhielt der Wirt das angeführte Strafmandat. Die Verhandlung endete mit der Aufhebung des Strafmandats und Freisprechung des Angeklagten, weil das Gericht als festgestellt erachtete, daß das Vergnügen im Rahmen der für geschlossene Gesellschaften bestehenden Bestimmungen durchgeführt und ein politischer Verein, wie jeder andere Verein, das Recht habe, Vergnügen für seine Mitglieder zu veranstalten. — Im „Lübecker Hof" hat ein Kegelklub seine Niederlage und haben die Kegelbrüder unter sich ein Essen veranstaltet; hierbei, also beim Essen soll es ziemlich lebhaft zugegangen sein, weshalb Anzeige wegen Verübung ruhestörenden Lärms erstattet worden ist. Die Folge war ein Strafmandat von je 3 Mark gegen die Teilnehmer, die auch Einspruch erhoben, weil sie sich nicht ungebührlich laut betragen haben wollten. Auch hier hatte der Einspruch Erfolg, die mit dem Strafmandat bedrohten Kegelbrüder wurden freigesprochen.

w. **Mölln.** In der Sitzung der städtischen Kollegien teilte der Bürgermeister mit, daß die staatsseitig bisher als Zuschuß zur Mittelschule gezahlten 1200 Mk. jährlich bis zum Jahre 1916 vorläufig weiter bewilligt seien. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Jahresrechnung pro 1912 mit 435 981,79 Mk. Einnahme und 430 965 58 Mark Ausgabe festgestellt und genehmigt. Die Kanalisation betreffend, teilte der Bürgermeister mit, daß von der Regierung Baumeister zur Aufsicht über die Ausführung der Arbeiten nicht zur Verfügung stehen und deshalb die Stelle ausgeschrieben worden sei; 32 Bewerbungen sind eingegangen. Nach längerer Debatte, in welcher es sich darum handelte, ob die Stadt die Arbeiten an einen Generalunternehmer vergeben oder sie selbst ausführen lassen soll, wird beschlossen, die Sache in geheimer Sitzung weiter zu behandeln. Was braucht die Öffentlichkeit auch von der Ausführung des sie in hohem Grade angehenden Projekts zu wissen; es genügt, daß nachher nur billig bezahlt wird. Dem Architekten Wichmann wird sein Lagerplatz am Hafen und die nachgesuchte Vergrößerung des Schuppens bewilligt, jedoch läuft die Bewilligung nur bis Oktober 1915. Zu dieser Zeit sollen sämtliche Verträge ablaufen und neu bewilligt werden. Dem Landmann Th. Gothmann wird die städtische Wiese am Hellbach für 300 Mk. jährlich verpachtet. Die Lehrerwohnungen beim alten Schulhause erfordern nach Ansicht der Baukommission 6000 Mk. Durchbaukosten. Diese Summe ist den Stadtverordneten zu hoch und hat die Angelegenheit die Kollegien schon öfters beschäftigt. Gestern teilte der Bürgermeister mit, daß die Stadt nicht mehr verpflichtet sei, Dienstwohnungen für die Lehrer zu leisten. Die Lehrer, die jetzt die Wohnungen bewohnen, seien bereit, dort weiter zu wohnen, wenn die Stadt dieselben in Stand setzen läßt. In der Diskussion stellte sich heraus, daß für das ganze Gebäude neue Außenwände, neue Innenwände, Treppen, Fußböden, Dach usw. nötig seien, was natürlich einem Neubau sehr nahe käme. Eine Einigung über die Verwendung des Gebäudes wurde nicht erzielt, vielmehr soll eine Kommission sie nochmals besichtigen. — Es sollen vorläufig 50 Wassermesser für die Stadt von der Firma Siemens und Halske bezogen werden. — Der Stadtförster beantragte, die Holzwerbungskosten, veranlaßt durch die vielen Windbrüche um 750 Mk. zu erhöhen. Es wird so beschlossen. Der Bürgermeister teilt mit, daß die für die Vorarbeiten zur Jahrhundertfeier bewilligten Gelder verbraucht sind, daß aber noch größere Ausgaben bevorstehen und beantragt, die von dem Bahnprojekt Wandsbek-Trittau-Mölln zurückgezahlten 744,80 Mk. hierzu verwenden zu dürfen. Die Kollegien bewilligen ohne Diskussion die Gelder. Wir kommen auf die Jahrhundertfeier noch zurück.

Altona. Kasernenmoral. In Altona wurde der Feldwebel Bieberich zu vier Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt, weil er Gelder, die ihm von der Mannschaft zur Aufbewahrung übergeben worden waren, für sich verbraucht hat. Die Soldaten wußten sich der ungetreuen Kompagniemutter nicht anders zu erwehren, als indem sie anonyme Briefe an das Regiment schickten. Das Kriegsgericht leitete eine Untersuchung ein, bei der die Fehlbeträge entdeckt wurden. In der Verhandlung erklärte der Angeschuldigte, daß er das meiste Geld zur Unterstützung für ein befreundetes Mädchen ausgegeben habe; es sei jedoch sein Absicht gewesen, auf seine nach 12jähriger Dienstzeit fällige Prämie von 1500 Mk. ein Darlehn zu nehmen, um alles wieder zu decken. Durch die inzwischen erfolgte Verhaftung sei er daran gehindert worden. Das Kriegsgericht hatte für diese sonderbaren Moralbegriffe des Herrn Feldwebel kein Verständnis und verurteilte ihn wie oben angegeben.

Harburg. Verbrannt. Im Hause Buxtehuderstraße Nr. 59 entstand Mittwoch abend dadurch ein Stubenbrand, daß eine brennende Kerze umfiel. Da die Flammen um sich griffen, brannte das Zimmer zum Teil aus. Der Inhaber der Wohnung, Rentier Karl Weüsthoff, der sich kräftig am Löschwerk beteiligt hatte, erlitt dabei so erhebliche Brandwunden, daß er im Wagen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist er in der Nacht infolge der schweren Verletzungen gestorben.

Verden. Holzarbeiterstreik. In Verden stehen die organisierten Holzarbeiter der Firma Wilhelm Wöhler Inh. Karl Wöhler, noch immer im Streik. Kein ehrlicher Holzarbeiter falle den Streikenden in den Rücken.

Bremen. Die bremischen Agrarier haben in der Bürgerschaft am Mittwoch ihren ganzen Zorn über das vorliegende Gesetz wegen Umlegung von Grundstücken ausgegossen. Es wird gefordert, daß 30 vom Hundert der Gesamtfläche für öffentliche Wege, Plätze, Wasserzüge und ähnliche gemeinschaftliche Einrichtungen dem Staat unentgeltlich abgetreten werden müssen. Wenn von einer Umlegungsfläche mehr als 35 vom Hundert für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen werden, so ist die Zustimmung der Teilnehmer erforderlich. Durch das jetzige Umlegungs- und Verkoppelungsverfahren war es den Grundbesitzern möglich, den Baugrund in der raffiniertesten Weise auszunutzen. In der westlichen Vorstadt, dem Arbeiterviertel, sind gar keine freien Plätze. Jetzt sollen freie Plätze vorgesehen werden, die unentgeltlich abgetreten werden müssen, weil die Grundbesitzer von der Anlegung von Straßen und Plätzen ja auch den Vorteil haben, d. h. der Grund und Boden im Preise ungeheuer steigt. Genosse Waigand führte den Agrariern vor Augen wie sie, ohne einen Finger zu rühren, durch die staatlichen und industriellen Anlagen über Nacht reich geworden seien und daß die 300 Millionen Staatsschulden doch fast lediglich für diese Zwecke nötig wurden. Die Grundbesitzer haben den Vorteil, die Allgemeinheit müsse die Zinsen aufbringen. Die Agrarier sprachen von Konfiskation des Eigentums und drohten so von ungefähr mit Sense und Dreschflegeln. Die kleinbürgerlichen Liberalen zeigten sich wieder einmal in ihrer ganzen Jämmerlichkeit. Aus ihren Reihen kam der Antrag statt 30 und 35 zu sagen 25 und 30 vom Hundert. Trotz aller Mühe des Senatskommissars blieben sie dabei; nur die in der fortschrittlichen Fraktion vereinigten 13 Mann beantragten höhere Sätze. Man sollte nicht glauben, daß die im Interesse der Allgemeinheit so dringend notwendigen freien Plätze auch im Bürgertum Gegner finden könnten. Unser Redner sagte mit Recht, daß in einem Klassenparlament die Interessen den Ausschlag gäben. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der 28 und 33, statt 30 und 35 vom Hundert festlegt. Auch bei der Bestellung der Schätzer setzten die Agrarier ihren Willen durch, sie können zwei und die Behörde nur einen ernennen. Agrarisch ist Trumpf, das hat die fünfstündige Debatte deutlich gezeigt. — Raffinierter Juwelendiebstahl. Am Mittwoch erschien hier in einem Juweliergeschäft ein Unbekannter mit der Erklärung, Juwelen kaufen zu wollen. Nachdem er sich mehrere Schmucksachen im Gesamtwerte von zirka 23 000 Mk. ausgesucht hatte, entfernte er sich mit der Bitte, ihm die Sachen nach seinem Hotel zu bringen. Im Hotel, wohin ihm die Sachen von zwei Angestellten des Juweliers gebracht wurden, legte er die Schmucksachen in Gegenwart der Überbringer in ein bereitgehaltenes Kästchen, das er versiegelte; hierauf begab er sich in ein Nebenzimmer. Als er nicht wieder zurückkehrte, öffneten die beiden Angestellten das Kästchen und fanden darin statt der Juwelen einen Rasierbecher und Watte. In der Zwischenzeit war der Schwindler verschwunden. Die hiesige Kriminalpolizei hat sofort energische Nachforschungen eingeleitet.

Theater und Musik.

Im Sommertheater in den Stadthallen hatten es am Mittwoch „Julchens Flitterwochen" dem Publikum angetan, das den weiten Raum dicht gefüllt hielt. Es ist eine Posse, die einen Herrn Max Reimann zum Verfasser hat und deren Zweck, Heiterkeit zu erwecken, nicht immer auf geistigen Wegen zu erreichen gesucht wird. Man amüsierte sich nichtsdestoweniger oder vielleicht gerade deshalb im Stadthallentheater am Mittwoch durchweg vortrefflich. Es muß anerkannt werden, daß sehr gut gespielt wurde, wenn man auch den Mangel eines Spieltenors, ohne den doch eigentlich Operetten und in gewisser Beziehung auch Possen kaum aufzuführen sind, nicht übersehen konnte. Herr Heydecker, der die Posse mit ausgesprochenem Sinn für drastische Wirkungen inszeniert hatte, gab den lüsternen Verwalter eines Stiftes zur Rettung gefallener Mädchen mit trockenem Humor und treffsicherer Komik. Großen Erfolg brachten ihm die Kuplets mit lokalem Einschlag und eine von ihm mit den Damen Limann und Eulenburg flott getanzte Balletteinlage. Das Julchen, dessen Flitterwochen so unangenehme Störungen erleiden, hatte in Frl. Klerwin eine fesche Vertreterin. Ihr Ehemann wurde von Herrn Wallis recht annehmbar gespielt. Auch die übrigen Rollen fanden eine entsprechende Wiedergabe. Die musikalische Leitung lag bei Herrn Kapellmeister Weigert in bewährten Händen.

P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Holstenhaus G. m. b. H. Lübeck

Lebensmittel bester Qualität

Große Ladungen von der Hamburger Fruchtbörse soeben eingetroffen und enorm billig zum Verkauf gestellt.

Gelbe Bananen 10 Stück ..... **48 ₰**

Junger Wirsingkohl . 15 ₰
Junger Spitzkohl . . . 15 ₰
Blumenkohl . Kopf 25 u. 30 ₰
Rhabarber . . . . . 3 Bund 10 ₰
Neue Kartoffeln . 2 Pfd. 25 ₰
Radieschen . . . . 2 Bund 9 ₰
Junger Kohlrabi gr. Bund 15 ₰
Junger Kopfsalat 2 Kopf 9 ₰
Salat-Gurken . . . 20 u. 25 ₰
Stangenspargel Pf. 45 u. 20 ₰
Junge Wurzeln . Bündel 8 ₰
Junge Erbsen . . . Pfd. 28 ₰

Zitronen und Apfelsinen 10 Stück **48 ₰**

Delikatessen und Fettwaren

Delikateß-Heringe	Dose 65 ₰	Frische Blutwurst	Pfd. 60 ₰
Sardellen	Glas 85 ₰	Frische Sülze	Pfd. 70 ₰
Lachs in Scheiben	Dose 65 ₰	Frische Leberwurst	Pfd. 70 ₰
Hummer in Dosen	1.75	Delikateß-Sülze	Pfd. 80 ₰
Sardinen in Oel	48 ₰	Hamburger Gekochte ..	Pfd. 75 ₰
Sardinen in Tomaten	50 ₰	Grobe geräuch. Mettwurst	1.25
Norweg. Anchovis	Glas 28 ₰	Speck fett und mager	Pfd. 1.—
Gem. Aufschnitt	Pfd. 1.60	Schinkenspeck	Pfd. 1.20
Preetzer Landmettwurst	Pfd. 1.50	Cornedbeef	Pfd. 1.10
Zungenwurst	im Pfd. 1.40	Hildesheimer	Pfd. 1.10
Schinken roh und gekocht ..	Pfd. 2.—	Gothaer Mettwurst	Pfd. 1.40

Kolonialwaren, Butter, Käse und Eier

Gemahlener Zucker.....	Pfd. 20 ₰	Meiereibutter.....	Pfd. 1.24
Reismehl	Pfd. 20 ₰	Margarine	Pfd. 90 bis 60 ₰
Kartoffelmehl	Pfd. 22 ₰	Schmalz	Pfd. 74 ₰
Maismehl.....	Pfd. 29 ₰	Schweizer Käse	Pfd. 95 ₰
Sagomehl	Pfd. 29 ₰	Holländer Käse	Pfd. 1.—
Reis	Pfd. 22 ₰	Edamer Käse	Pfd. 1.—
Buchweizengrütze.....	Pfd. 21 ₰	Tilsiter vollfett	Pfd. 90 ₰
Gerstengrütze	Pfd. 17 ₰	Tilsiter pikant.....	Pfd. 50 ₰
Graupen	Pfd. 20 ₰	Limburger	Pfd. 50 ₰
Gries	Pfd. 28 ₰	Romadour.....	Stück 25 ₰

Frische Kirschen Pfund..... **45**

Rindfleisch prima . . . Pfd. 75
Bratenstücke Pfd. 80 u. 90 ₰
Schweinefleisch . Pfd. 70
Bratenstücke Pfd. 85 ₰
Prima Mastkalbfleisch Pfd. 85
Bratenstücke Pfd. 1.— ℳ

Im Erfrischungs-Raum

Erdbeeren mit Schlagsahne . 20
Erdbeerbowle 25
Erdbeertorte m. Schlagsahne 25
Ananasbowle 25
Waldmeisterbowle . . 25

Frische Eier 10 Stück **68**

Achtung, Radfahrer!
Gute Gebirgsdecken . . 3,90 ℳ
Gute Schläuche . . . . 2,50 ℳ
Walter Schmidt, Johannisstr. 9.

Die Arbeitsgarderoben von Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preiswert u. haltbar.
Zwirnhosen . . 1.40 bis 3.50
Biberhosen . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecawarken.

Ein Waggon Glaswaren enorm billig!

Zuckerschale mit Fuß...	25, 20, 15 ₰	Glasschalen.....	35, 23, 18, 12, 10 ₰
Kinderflaschen	8, 6 ₰	Butterdosen	40, 35, 25, 23 ₰
Taschenflaschen mit Verschluss	25, 18, 15 ₰	Käseglocken	95, 75, 65, 50 ₰
Wasserflaschen	45, 40, 25, 23 ₰	Glasteller	15, 10, 8, 7 ₰
Biergläser mit Eiche....	15, 12, 10 ₰	Salzgläser und Menagen...	15, 8, 4 ₰
Biergläser mit Goldrand 6 Stück	50 ₰	Milchgläser, 1/4 Liter	18 ₰

Kinderklappwagen in allen Preislagen.

RIESEN-BAZAR

Rabattmarken. Pietro Cagna. (4602) Breite Straße 33.

Weiße Ringäpfel Pfund 40 Pfg.
Gemischt. Backobst Pfund 40 Pfg.
Pfirsiche Pfund 40 Pfg.
Pflaumen Pfd. 25, 30, 35, 48 Pfg.
Hagebutten Pfund 66 Pfg.
Bickbeeren Pfund 70 Pfg.
2-Pfd.-Dose **Brechbohnen** 33 Pfg.
Eduard Speck
Hügstraße 80 u. 82. (4598

Achtung! Würfelbudenbesitzer!
Blumenvase in jeder Preislage. Ang. unter N 190 a. d. Exped. d. Bl. (4591

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund echt holst. Eigelbpflanzenbutter Marke H. B. Pfund 90 Pfg. vegt. Margarine
eine Sandtorte gratis.
Garantiert 1. Sorte Meierei-Grasbutter Pfd. 1.19 ℳ
Holsteinisches Butterhaus G. Heinr. Flörke, Komm.-Ges. **Königstr. 48a.** (4595

Corona- u. Göricke-Fahrräder
haben sich seit Jahren als leichtlaufend und sehr haltbar erwiesen und sind daher allen Radfahrern als beste Räder sehr zu empfehlen. 4585
Th. Vedder, Friedenstraße 1.
Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstatt.

Kopffleisch
Leberwurst
Knackwurst
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96. (4601

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
62) Rote Lubeca-Marken.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
63) Carl Heynert, Lübeck, Meist. Aller 6a. Fernspr. 352.

Pa. geräucherten Schinken im Aufschnitt pro Pfund **2,00** ℳ
Pa. dicke Rippen zum Braten und zum Füllen Pfd. 75 ₰

Pa. Schweinefl., Bratenst. Pfd.	85 ₰	Pa. junges Rindfleisch . Pfd.	80 ₰
„ Eisbein . . Pfd. 60 und	50 ₰	„ Roastbeef m. Filet . „	90 ₰
„ ger. Schweinsbacken Pfd.	90 ₰	„ Rollfleisch . . . . . „	110 ₰
„ fetten u. magern Speck b. Abn. v. 4 Pfd. Pfd.	90 ₰	„ bestes weißes Schmalz b. Abn. v. 4 Pfd. Pfd.	80 ₰

Rauchfleisch Spezialität seit über 30 Jahren, **pro Pfd. 65 Pfg.**
Karl Lahrtz, vormals M. Lahrtz, (4587 **Böttcherstr. 14-16.**

Achtung!
Reklame-Tage
vom Sonnabend, dem 14. bis Dienstag, dem 17. Juni.
Kolossale Preisermäßigungen
in allen Abteilungen meines großen Lagers.
Johann Dittmer,
Drögestrasse, Ecke Warendorpstrasse
4590

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 136. Freitag, den 13. Juni 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 12. Juni 1913

160. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: v. Heeringen, Delbrück.

Wehrvorlage.

(3. Tag.)

Kriegsminister v. Heeringen: Die Behauptung im Prospekt der Atlaswerke, sie hätten bereits Bestellungen von Kriegsmaterial zugesichert erhalten, kann auf irgend einer Zusicherung seitens der Militärverwaltung nicht beruhen. Auf dem bedauerlichen Vorkommnis auf dem Truppenübungsplatz von Arys kann den Vorgesetzten keine Schuld beigemessen werden. Die Ohnmachtsanfälle traten erst im Quartier ein. Gerade die ehrgeizigsten, bravsten Soldaten marschieren, solange sie können, erkranken aber, wenn ihr Herz versagt, gleich so schwer, daß ihnen kaum noch zu helfen ist. Schuld an dem Vorkommnis ist die Gewitterschwüle, die Temperatur stieg mittags von 17 auf 30 Grad. Die Marschleistung betrug nur 26 Kilometer, war also nicht zu viel. Dem Abg. Müller erwidere ich, daß der österreichische Oberst Redl irgendwelche Geheimnisse der deutschen Heeresverwaltung nicht verraten konnte. Den Vorwurf, ich berufe mich zu sehr auf die Kommandogewalt des Kaisers, weise ich mit dem Hinweis auf die dem Kaiser verfassungsmäßig zugesicherten Rechte zurück. (Bravo! rechts.) Eine systematische Bevorzugung adliger Offiziere für angenehme Garnisonen findet nicht statt. Die drei gestrichenen Reiterregimenter müssen wir verlangen, da sie für den Grenzschutz an unserer Ostgrenze dringend notwendig sind. (Beifall rechts und bei den Natlib.)

Herzog (WVg.): Es ist erfreulich, daß alle bürgerlichen Parteien der Wehrvorlage zustimmen. Sie sollten aber auch die von der Kommission gestrichenen Reiterregimenter bewilligen, denn das Maß des Notwendigen muß die Heeresverwaltung bestimmen. (Bravo! rechts.)

Ledebour (SD.): Nach der Behauptung des Reichskanzlers hängt das Wohl und Wehe des Reiches von dieser Vorlage ab, vertreten aber hat er sie mit Ausführungen von einer knappen halben Stunde und einem geistigen Gehalt, dessen Niveau etwa dem der eben gehörten Rede des Herrn Herzog entsprach. Auch der Kriegsminister, der in der Kommission etwas ausführlicher war, befleißigte sich hier einer großen Kürze, er sagte sich wohl: Ich will nur nicht so viel reden, sonst lege ich mich doch nur hinein. (Heiterkeit.) Bei dem Mangel an geistiger Anstrengung war umso erstaunlicher der Ton, den der Reichskanzler gestern anzuschlagen beliebte, und zwar nicht gegen die Opposition, sondern gegen die Freunde der Vorlage. Ohne Gründe anzugeben, hat der Reichskanzler die bewilligungsfreudige Mehrheit vor den Kopf gestoßen. Herr Müller-Meiningen machte mir den Vorwurf, daß ich die Methode der Resolutionen, mit der er arbeitet, anstatt die Bewilligung der Regierungsforderungen an die Erfüllung anderer Forderungen zu knüpfen, als Methode der lauen Limonade bezeichnet habe. Der Reichskanzler hat mir durch die Art, wie er Herrn Müller abfertigte, recht gegeben. Herr Müller proteste ihm mit seinem Glase lauer Limonade zu (Heiterkeit), aber der Reichskanzler schlug ihm das Glas aus der Hand, daß die Limonade ihm um die Ohren spritzte. (Große Heiterkeit.) Das war doch der Sinn seiner Ausführungen. Er fauchte ihn ja förmlich an. Ist dadurch der Bewilligungseifer der Freisinnigen etwa gestärkt worden? (Zuruf bei den Soz.: Natürlich!) Haben Sie sich nicht gesagt, es ist doch unerhört, wie der Mann uns behandelt. (Zuruf bei der Volksp.: Nein!) Nicht (Große Heiterkeit), dann hat der Reichskanzler Sie doch tiefer eingeschätzt als ich, dann muß er wirklich geglaubt haben, wenn er sie an die Wand drückt, daß Sie quietschen, geraten Sie dauernd in einen molustenartigen Zustand. Noch in keinem Parlament ist es dagewesen, daß ein Minister, der für so unerwartete riesige Forderungen eine große Mehrheit gefunden hat, dieser Mehrheit derartig ins Gesicht schlägt. Der Grund kann nur sein, daß der Reichskanzler sich sagt, wir wollen die Vorlage von einem neuen Reichstag bewilligt haben und deshalb den jetzigen so brüskieren, Zentrum sowohl wie Freisinnige, daß sie uns unmöglich weitere Konzessionen machen können und wir einen Vorwand zur Reichstagsauflösung bekommen. Wir sehen einer solchen Auflösung mit Freude entgegen. (Lachen rechts und im Zentrum. Zustimmung bei den Soz.) Uns ist ein Wahlkampf das beste Mitel, um unsere Ideen tiefer ins Volk zu bringen, uns hat eine Auflösung in der Beziehung noch nie einen Nachteil gebracht. (Zuruf rechts: 1907!) Auch die Auflösung von 1907 brachte uns einen Zuwachs von einer viertel Million Stimmen. Wie würden Sie sich alle zehn Finger lecken, wenn Sie das zuwege brächten. (Große Heiterkeit.) Wenn eine Auflösung uns auch in der Zahl der Mandate nicht immer das gibt, was wir nach der Zahl der Stimmen haben müßten, für die Zukunft arbeitet sie uns immer vor. Von diesem größeren Gesichtspunkt aus würden wir Sozialdemokraten sehr gern alle zwei Jahre auflösen lassen. (Widerspruch rechts.) Wir haben der Verlängerung der Legislaturperiode nicht zugestimmt, uns kann eine Wahlbewegung nicht oft genug kommen, und sie müßte bei einem so bedeutenden Anlaß kommen. Bei einer solchen kolossalen Schröpfung des Volkes muß das Volk gefragt werden, und deshalb müßten über diese Frage allgemeine Neuwahlen stattfinden. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Der Abg. Müller-Meiningen hat unsere Partei wegen ihres Verhaltens in der Kommission in einer Weise gelobt, die uns schrecklich diskreditieren müßte, wenn seine Worte einen der Wahrheit entsprechenden Sinn hätten. Er sagte — ich zitiere nach dem „Vorwärts", denn der Bericht des „Berliner Tageblattes" enthält die Stelle nicht, die Herren haben sich wohl selbst dieser Ausführungen beschämt. (Zurufe bei der Volksp.: Wir haben auf das „Tageblatt" keinen Einfluß!) Worauf haben Sie denn überhaupt noch Einfluß? (Stürmische Heiterkeit.) – Herr Müller hat erklärt, die Sozialdemokraten hätten in der Budgetkommission eine ganz andere, viel verständigere Haltung eingenommen als im Plenum. Ich kann demgegenüber erklären, daß wir alle durchaus mit den Ausführungen meines Freundes Rosenfeld einverstanden sind, und daß diese Ausführungen auch durchaus in Einklang standen mit unserer Haltung in der Kommission. (Allgemeine Zustimmung bei den Soz.) Ich fordere Herrn Dr. Müller-Meiningen auf, wenn er dazu imstande ist, außerhalb derjenigen Ausführungen zu vertraulichen Mitteilungen, Aeußerungen irgend eines meiner Parteigenossen vorzubringen, die seine Behauptungen beweisen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn er aber zu dieser Beweisführung nicht imstande ist, dann fordere ich ihn weiter auf, hier um Entschuldigung zu bitten, (Lebh. Zustimmung bei den Soz. Lachen b. d. bürg. Parteien), daß er in derartig ungehöriger Weise Vorgänge aus vertraulichen Sitzungen besprochen (Zuruf b. d. Soz.: Und auf den Kopf gestellt hat!), um das Ansehen einer anderen Partei zu schädigen. In vertraulichen Sitzungen will man doch durch ein inquisitorisches Verfahren aus den Regierungsvertretern Aufklärung über bestimmte Dinge heraus bekommen, die sonst nicht zu erlangen ist. Danach richtet sich natürlich das Verhalten der Abgeordneten. Wenn man von dem Staatssekretär v. Jagow in der Budgetkommission etwas wissen wollte, so mußte man so operieren, als ob man mit einem alten Korkzieher einen fest eingetriebenen Kork aus einem Flaschenhals herausziehen müßte. (Sturm. Heiterkeit. — Präsident Dr. Kaempf greift nach der Glocke, was die Heiterkeit noch erhöht, und erklärt dann diesen Vergleich als parlamentarisch nicht zulässig. — Schallende Heiterkeit.) Ich habe doch den Herrn Staatssekretär garnicht mit dem Kork, sondern mit dem Flaschenhals verglichen. (Erneute allgemeine Heiterkeit.) Bei diesen Operationen werden natürlich auch Ausführungen gemacht, die nicht immer rein parteipolitischen Charakter tragen, aber daraus ist uns doch kein Vorwurf zu machen. Wenn der Reichskanzler darauf hinarbeitet, eine Auflösung des Reichstages zu erzielen, dann ist eine recht gründliche Erörterung dieser Fragen um so notwendiger. Dann muß darauf eingegangen werden, wie die Regierung ihre Vorlage begründet und sich dabei in vollkommen unzulänglicher Weise unterrichtet gezeigt hat über die weltpolitischen Verhältnisse, auf denen sie ihre Vorlagen aufgebaut hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung begründet die Vorlage mit der Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse durch die Ereignisse auf dem Balkan. Wir internationalen Sozialdemokraten sind durchaus für die Schaffung eines wirtschaftlichen Balkanbundes und wir sind fest überzeugt, daß ein solcher Bund gar keine agressive Tendenz, insbesondere nicht gegen Oesterreich und Deutschland entwickeln könnte. Es ist schon deshalb unmöglich, den Balkanbund als slawische Großmacht zu betrachten, weil noch nicht die Hälfte der Völker der Balkanstaaten Slawen sind. Zwischen Serben und Bulgaren, das wird die jetzige Kriegsgefahr wegen Mazedonien sogar dem Reichskanzler begreifen lassen, bestehen trotz der nahen Verwandtschaft tiefgehende Gegensätze. Die geschichtlichen Ereignisse haben die Begründung der Heeresvorlage in Fetzen zerrissen, und deshalb hat der Reichskanzler, als er gestern hier sprach, sorgfältig vermieden, auf diese Fragen wieder einzugehen. Er hätte sich ja sonst selbst seinen Hals abschneiden müssen. Natürlich meine ich das nur moralisch (Heiterkeit), also seinen politischen Hals hätte er sich abschneiden müssen. (Große Heiterkeit.) Leute, die sich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik so unfähig erwiesen haben wie Herr v. Bethmann, bleiben dennoch an der Spitze der Regierung, wenn sie nur im Sinne der Agrarier regieren! (Sehr wahr! links.) Dem Reichskanzler ist als Helfer Herr Erzberger beigesprungen. Da mit dem Balkangespenst die Sache absolut nicht mehr begründen ließ, führt er das französische Schreckgespenst vor. Nach Herrn Erzberger sieht es so aus, als wären die Franzosen das Karnickel gewesen, das angefangen hat. (Abg. Erzberger: Jawohl!) Das glauben Sie jetzt noch?! (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Herr Erzberger hat sich auf zwei Autoritäten berufen, er hat sich darauf berufen, daß mein Parteigenosse Wendel in der „Neuen Zeit" von einer allgemeinen Kriegsgefahr gesprochen hat. Gewiß, diese Gefahr hat lange bestanden, aber das ist doch kein Beweis dafür, daß man das Heer verstärken müsse! In dem von Erzberger zitierten Artikel unseres französischen Parteigenossen Thomas erklärt er zunächst, daß das Vorgehen des Herrn v. Kiderlen-Wächter nach Agadir den französischen Chauvinismus neubelebt habe und zwar so sehr, daß er verdient hätte, von Herrn Deroulède ein Denkmal auf der Place de la Concorde und eine alljährliche Gedenkfeier gewidmet zu erhalten. Thomas erzählt weiter, wie der aus einem Sozialisten zu einem Reaktionär gewordene Millerand versucht hat, den Militarismus durch musikalische Zapfenstreiche und jenkige Kindermädchenbegeisterungsmanöver wieder hoch zu bringen und schreibt dann: „Als die deutsche Regierung ihre neue Militärvorlage einbrachte, fiel die ganze chauvinistische arbeiterfeindliche Presse mit Wonne darüber her. Sie suchte eine Panik zu entfesseln, sie riß die Regierung mit sich fort, die Vorlage der dreijährigen Dienstzeit wurde eingebracht." (Hört, hört! bei den Soz. (Abg. Erzberger: Aber vor unserer Vorlage!) Der Inhalt der deutschen Heeresvorlage war aber schon vollkommen bekannt, und jedem Kenner französischer Verhältnisse ist es unzweifelhaft, daß erst das Bekanntwerden der deutschen Militärvorlage der französischen Heeresverwaltung die Möglichkeit gegeben hat, die dreijährige Dienstzeit zu beantragen. Lehnen Sie diese Vorlage hier ab, und es wird gar nicht möglich sein, in Frankreich die dreijährige Dienstzeit durchzuführen; sie ist ein Verzweiflungsmanöver und man ist sich klar, daß sie deshalb eine kolossale Dummheit ist, weil Verzweiflungsmanöver nie den angestrebten Zweck erreichen können. Wenn Herr Erzberger verlangt hat, daß bei Einführung der Miliz die Heeresstärke dem Verhältnis der Volkszahl entsprechend festgesetzt werden müßte, so würde doch die allgemeine Volksbewaffnung dieses Verhältnis automatisch herstellen, denn sie bedeutet, daß jeder waffenfähige Mann ohne Ausnahme in Kriegszeiten unter die Waffen gerufen wird. Das war also eine Erzbergersche Schaumschlägerei. (Präsident Kaempf ersucht, solche beleidigenden Ausdrücke zu unterlassen. — Heiterkeit.) Herrn Müller-Meinigen erwidere ich, daß wir natürlich niemals die Möglichkeit eines Krieges nach zwei Fronten bestritten haben. (Abg. Dr. Müller: Na also!) Ja, was ziehen Sie dann Argumente daraus? Sie unterschieben uns einen Standpunkt, den wir nie eingenommen haben, w

---

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Müller nahm den Knaben, hob ihn über seinen Kopf und führte ihn an den verräucherten Balken der Decke entlang.

„Sehen Sie sich vor!" mahnte die Baronin — ein wenig erschrocken von der Leichtigkeit, mit der dieser ländliche Herkules ihr Kind hochhielt.

„O . . . . seien Sie unbesorgt!" antwortete der lange Ludwig. „Eher würde ich sämtliche Schaufeln meine Mühle in Stücke schlagen, als diesem kleinen Kerlchen auch nur einen Finger krümmen!"

Das Wort „Schaufeln" machte dem Knaben riesigen Spaß — lachend wiederholte er es, ohne es jedoch zu verstehen.

„Du weißt nicht, was das ist?" fragte ihn der Müller. „Es sind die kleinen Stufen — die Holzstücke, die rittlings auf dem Mühlrad sitzen und auf die das Wasser fällt, um das Rad zu drehen. Ich werde sie dir zeigen, wenn du mal zu uns kommst."

„Ja, ja . . . . Schaufeln!" rief der Knabe mit unbändigem Lachen und indem er sich in den Armen des Müllers umdrehte.

„Will er spotten — der kleine Schelm?" sagte Ludwig und setzte ihn wieder auf seinen Stuhl. „Nun, gnädige Frau . . . ich muß jetzt meine Arbeit besorgen. Ist dies alles, womit ich Ihnen dienen kann?"

„Jawohl, lieber Freund!" antwortete Marcella, die wohlwollende Regungen alle Zurückhaltung vergessen ließen.

„O . . . von Herzen gern möchte ich Ihr Freund sein," gestand der Müller ein wenig frei — mit einem Blicke, der deutlich erkennen ließ, daß von seiten einer weniger jungen und weniger schönen Person diese Vertrautheit nicht nach seinem Geschmack gewesen wäre.

„So ist's recht!" dachte Marcella — errötend und lächelnd „Ich werde es mir gesagt sein lassen."

Und sie fügte hinzu:

„Adieu — und sicher auch auf Wiedersehen, denn Sie wohnen wohl in Blanchemont?"

„Nicht weit davon — ich bin der Müller von Angibault. Meine Mühle liegt eine Meile von Ihrem Schlosse, denn wenn ich mich nicht irre, sind Sie die Dame von Blanchemont?"

Marcella hatte ihren Leuten verboten, ihr Inkognito zu verraten, sie wünschte unbemerkt zu reisen. Doch das Benehmen des Müllers sagte ihr nur zu deutlich, daß sie in ihrer Eigenschaft als Besitzerin kein so großes Aufsehen erregte, als sie gefürchtet. Ein Besitzer, der nicht auf seinen Gütern residiert, ist ein Fremder, mit dem man sich herzlich wenig beschäftigt. Der Pächter, der den Eigentümer repräsentiert und mit dem man beständig geschäftlich zu tun hat, ist eine ganz andere Persönlichkeit.

Obgleich sie beabsichtigt, in aller Frühe abzureisen und noch vor der Glut des Mittags in Blanchemont zu sein, war Marcella doch gezwungen, den größten Teil des Tages hier in der Herberge zu verbringen.

Wegen eines großen Jahrmarktes in der Umgegend waren nämlich alle Kutschen der Stadt über Land, und man mußte wohl oder übel die Rückkehr der ersten besten abwarten. Erst gegen drei Uhr nachmittags kam Susanne und teilte ihrer Herrin in kläglichem Tone mit, eine Art Weidenkorb sei das einzige Vehikel, das noch zu ihrer Verfügung stände.

Zum großen Erstaunen ihres prächtigen Kammerkätzchens aber fiel es der Frau von Blanchemont nicht schwer, sich in das Unabänderliche zu schicken. Sie nahm das allernotwendigste Gepäck, übergab die Schlüssel ihrer Kalesche und der Koffer dem Gastwirt und trat die Weiterreise an in der klassischen Kutsche — dieses ehrwürdigen Zeugnisses von der Einfachheit unserer Väter, die täglich seltener werden, selbst auf den Wegen des Schwarzen Tales. Das Exemplar, dem zu begegnen Marcella das Unglück hatte, war bis zu dem kleinsten Teilchen von einheimischer Fabrikation, und ein Antiquitätenhändler würde sie mit tiefster Ehrfurcht betrachtet haben. Sie war lang und niedrig wie ein Sarg; keinerlei Federn hinderten ihre Bewegungen; die Räder, fast höher als das Verdeck, konnten es mit den Schlammgräben aufnehmen, die unsere Straßen kreuz und quer durchziehen und die der Müller als Rinnen bezeichnet hatte — zweifellos aus nationaler Eigenliebe; und endlich war das Verdeck selbst nur ein Weidengeflecht, im Innern behaglich überstrichen mit Ziegenhaarrot und angerührter Erde, von der jeder heftigere Stoß kleine Stückchen loslöste und den Reisenden auf die Köpfe warf. Ein kleiner Hengst, mager und feurig, zog diesen ländlichen Galawagen ohne allzugroße Anstrengung, und der Patachon, das heißt der Kutscher, der mit herabhängenden Beinen an der Seite auf der Gabeldeichsel saß — unsere Väter fanden es ja bequemer, einen Stuhl herbeizuholen, um in den Wagen zu steigen, als sich den Hals zu brechen bei einem Auftritt — genoß die beste Luft und war der am wenigsten Gefährdete der Karawane. In unserer Heimat gibt es vielleicht noch zwei oder drei Kutschen dieser Art — im Besitz alter und reicher Landleute, die ihren Gewohnheiten nicht haben untreu werden können und behaupteten, die in Federn hängenden Wagen erzeugten Ameisenkribbeln in den Waden, womit sie sagen wollten, die Beine schliefen leicht ein.

Wider Erwarten aber war die Reise beinahe erträglich, solange man dem breiten Fahrweg folgen konnte. Der Kutscher war ein fünfzehnjähriger Bursche, rothaarig und dreist — ohne Überlegung wagte er die gefährlichsten Experimente und genierte sich nicht im mindesten ohne Rücksicht auf die Anwesenheit der Damen sein Pferd mit allen Flüchen seines reichen Wortschatzes anzutreiben. Er gefiel sich darin, den Mut des feurigen Ponny zu erschöpfen, der in seinem ganzen Leben noch kein Haferkorn gesehen und bei dem der Anblick üppiger Wiesen genügte, um ihn in eine gute Stimmung zu bringen. Doch als das Pferdchen eine dürre Heide durchqueren mußte, ließ es eher mißvergnügt als widerspenstig den Kopf hängen und zog seine Last mit einer Art Wut — ohne sich um die Unebenheiten des Weges zu kümmern, in den Wagen in eine entsetzliche schlingernde Bewegung brachten.

3.

Die Fahrt wurde noch weit schlimmer, als man die Sandgegenden verließ und den lehmigen Boden des Schwarzen Tales erreichte. Am Saume des unfruchtbaren Plateaus hatte die Baronin von Blanchemont die prachtvolle Landschaft bewundert, die in majestätischer Ruhe zu ihren Füßen dalag, unabsehbar . . . und die am Horizont in stufenförmigen Wäldern in den Himmel emporragte, dessen blaßschimmerndes Blau die Strahlen der untergehenden Sonne durchkreuzten mit goldenen Streifen . . .

Es gibt kaum ein schöneres Fleckchen Erde in ganz Frankreich. Dennoch ist die Vegetation, im einzelnen betrachtet, nicht von sehr großer Üppigkeit. Kein mächtiger Strom durchfurcht die Fluren, wo sich die Sonne nirgends in einem Schifferdach spiegelt; keine pittoresken Berge — nichts Auffälliges, nichts Außerordentliches in dieser friedlichen Natur; wo aber grandiose Partien bebauter Landstrecken, eine unendliche Zerstückelung von Feldern und Wiesen, von Buschhecken und breiten Gemeindewegen bieten dem Auge eine reiche Mannigfaltigkeit der Formen und Nuancen dar in einer allgemeinen Harmonie von dunklem Grün mit einem Stich ins Blaue; ein Gewirr von fruchtbaren Einfriedigungen, von strohgedeckten Häuschen, in Obstgärten verborgen, von Baumhängen himmelhoher Pappeln und endlosen Weideplätzen in der Ferne.

Blassere Felder und hellere Hecken auf den Höhen ließen die Fruchtsamkeit dieses Gewirres noch mehr hervortreten und dies alles in einer Ausdehnung von 50 Quadratmeilen ein übereinstimmendes Ganzes, das man von den hochgelegenen Strohhütten von Labreuil oder Corlay aus mit einem einzigen Blick umspannt.

(Fortsetzung folgt.)

rechtfertigen damit gegen uns ihre Zustimmung zur Vorlage! Die Möglichkeit des Krieges nach zwei Fronten bestand aber immer, wieso ist sie dann ein Grund für diese neue Heeresverstärkung? Die Verschiebungen auf dem Balkan haben zu unseren Gunsten sogar die neue europäische Friedenswirtschaft der Anbahnung eines guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England gebracht, die wir immer verlangt haben, und zu der mitgeholfen zu haben der Reichskanzler sich nun rühmt, womit er freilich wieder ein Bein von dem Stuhl absägt, auf dem er mit dieser Vorlage sitzt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der russische Popanz wurde nach Noten ausgeschlachtet. Die große zahlenmäßige Stärke des russischen Heeres kann man nicht mit der des deutschen oder französischen gleichbewerten, denn die Versklavung des russischen Volkes und seine kulturelle Niederhaltung machen das russische Heer bei dem Fortschreiten der Kriegstechnik und der allgemeinen Kultur immer weniger fähig, seine Aufgaben zu erfüllen. Nach Herrn v. Puttlitz, mit dem ich mich sonst wegen seiner Harmlosigkeit nicht beschäftige (Heiterkeit), ist in monarchischen Staaten die Korruption viel geringer als in nichtmonarchischen. Aber in dem monarchischen Idealstaat Rußland herrscht eine so fürchterliche Korruption, daß schon der einstige Götze der preußischen Konservativen, Nikolaus I., gesagt hat: „In Rußland stiehlt alles außer mir!" (Große Heiterkeit.) Ich glaube, das einzige, was ich Nikolaus II. nachsagen kann, ist auch noch, daß er nicht stiehlt. (Erneute stürm. Heiterkeit. — Präsident Kämpf fordert den Redner unter schallender Heiterkeit des Hauses auf, doch nicht Herrscher und Souveräne zu beleidigen!) Als die transsibirische Bahn gebaut wurde, ist der eine Schienenstrang gestohlen worden (Gr. Heiterkeit), und sehr viele russische Obersten sträubten sich aufs heftigste gegen die Beförderung zum Brigadekommandeur, weil sie als Oberste die Regimentskassen zu verwalten hatten und deshalb viel mehr stehlen konnten. (Stürm. allgem. Heiterkeit.) Diese Riesenkorruption vermindert zweifellos die Schlagfertigkeit des russischen Heeres und erschüttern damit das Argument der Freunde der Vorlage vor der angeblichen Gefahr eines russischen Angriffs auf Deutschland. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Das Kräfteverhältnis in Europa gibt also gar keinen Grund für diese Heeresvorlage. Darauf kommt es an, das werden wir dem Volke beweisen. Wir bestreiten nicht, daß leider heute noch Kriegsmöglichkeiten bestehen. Wie wir sie aus der Welt schaffen wollen, haben wir oft genug gesagt: eine friedliche, kulturelle, auswärtige und innere deutsche Politik kann die Kriegsgefahr erheblich schwächen. Die Reichsregierung hat die Befürchtungen im Ausland nicht beseitigen können, daß einmal ein deutscher Angriff erfolgen könnte. Dadurch und durch das Treiben der Kriegshetzer werden die Nachbarstaaten beunruhigt. Auch Belgien gegenüber hat man nicht oft genug ausgesprochen, daß jede derartige Befürchtung völlig unbegründet ist. Preußen gebe die Unterdrückungspolitik gegen die Polen und Dänen auf und beseitige dadurch die Erbitterung bei deren Volksgenossen im Auslande. Auch das wird die Kriegsmöglichkeiten vermindern. Heute treibt die deutsche Polenpolitik die Polen geradezu in die Gefolgschaft des Zaren. Wir fordern Nationalitätenduldsamkeit nach dem Beispiel der Schweiz (Bravo! bei den Soz.), dann könnten die unterdrückten Völker in Rußland neue Hoffnung schöpfen, entweder gegen das russische Reich oder in ihm ihre Selbständigkeit zu erlangen. Unter solchen Umständen könnte der Zar nicht wagen, etwa mit Frankreich zusammen einen Angriff gegen Deutschland zu unternehmen (Sehr wahr! b. d. Soz.), zumal das russische Industrieproletariat in seinem Emanzipationskampf soweit ist, daß es schon nach dem japanischen Krieg den russischen Thron ins Wanken bringen konnte. Deutschland gegen jede russische Gefahr zu sichern, das wäre die Aufgabe einer weitausschauenden deutschen auswärtigen und inneren Politik. Solchen Erwägungen ist Herr v. Bethmann natürlich vollkommen unzugänglich. In Verfolg dieser Politik fordern wir eine Aenderung der Militärverfassung durch Einführung der Miliz, die freilich zu Eroberungszwecken nach außen nicht zu gebrauchen, aber in der Defensive das Volk unüberwindlich machen würde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zu diesem Ziele sollen unsere Anträge auf Verkürzung der Dienstzeit hinleiten. Dann noch einige Worte zu der vorhergegangenen Debatte. Die Ausführungen meines Freundes Noske über die sonderbare Alimentierung der Personen, die von der Heeresverwaltung zur Abnahme von Lieferungen gestellt sind durch die Firma Krupp, hat General Wandel nicht zu entkräften vermocht. Er machte die überraschende Mitteilung, die Heeresverwaltung könne davon nichts gewußt. Der ahnungslose Engel! (Heiterkeit.) Da ist es begreiflich, daß die Heeresverwaltung von diesen Lieferanten sich nach allen Richtungen über den Löffel barbieren läßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir bedauern auf das lebhafteste, daß nach den Enthüllungen unseres Freundes Liebknecht unser Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission mit dem Recht zeugeneidlicher Vernehmung nicht angenommen wurde. Nur so kann die Korruption vollständig aufgedeckt werden. Ein Fall Redl gehört auch im deutschen Heere nicht zu den Unmöglichkeiten. Die internationale Verbindung der Waffenlieferanten, die Liebknecht aufgedeckt hat, wird gar nicht berücksichtigt, und die Heeresverwaltung hüllt sich bei der Mitteilung von Geschäftsgeheimnissen, die das Ausland längst kennt, in den Mantel vertraulicher Mitteilungen. Wo bleibt die versprochene Untersuchung? Wie weit ist die Heeresverwaltung mit ihren Bemühungen, den Augiasstall der Waffenkorruption auszumisten? (Präsident Kämpf rügt diesen Ausdruck unter großer Heiterkeit.) Staatssekretär Delbrück hat lediglich versucht, die Rechte des Reichstages zu beeinträchtigen. Wo bleibt die Gegenleistung für die ungeheuren Opfer, die man jetzt verlangt? Wo bleibt, so frägt das entrüstete Proletariat, das versprochene Königswort? (Präsident Kämpf: Wegen dieser Aeußerung ist bereits ein Ordnungsruf erteilt worden; ich bitte Sie, nicht zu wiederholen!) Wenn ich nicht auf diese Tatsache hinweise, bleibt ja meine Polemik gegen den Staatssekretär unverständlich! (Präsident Kämpf: Ich bitte wiederum, diese Aeußerung zu unterlassen! — Lebh. Widerspruch bei den Soz. Rufe: Redefreiheit!) Ach, es kennt ja jedermann innerhalb und außerhalb dieses Hauses die Tatsache! (Sehr wahr! bei den Soz.) Der König sagte: „Es ist mein Wille, daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Zwecke der Abgeordneten eine organische Fortentwickelung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwickelung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses, sowie der Erstarkung des kommunalen Gemeinnützigkeitsgefühls entspricht; ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart." (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Zwei Jahre darauf wurde eine Vorlage eingebracht, die nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen entsprach. Aber selbst diese bescheidene Vorlage hat der Landtag abgelehnt. (Zuruf rechts: Wo ist?! — Hört, hört! bei den Soz.) Das war die Erfüllung! Der König und seine Ratgeber dürfen sich nicht mit einer derartigen „Lösung" der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart begnügen und einfach die Hände in die Hosentaschen stecken. Das ist nicht die Art, wie ein Mann in seinem Wort steht, die wichtigste Aufgabe der Gegenwart zu erfüllen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Das preußische Volk wartet noch immer auf die Erfüllung, und es nützt nicht, wenn es darauf warten sollte, bis die Herren, die das Versprechen gegeben haben, sich an die Erfüllung heranmachen. Sie müssen dazu gezwungen werden, das preußische Volk hat die Waffen dazu und braucht nur noch ihren zu greifen. Es braucht nur noch der Beitritt unserer belgischen Genossen in den politischen Kampfverein zu treten. (Sehr richtig! bei den Soz. — Hört, hört! rechts.) Diese Waffe, von einem zum äußersten getriebenen Volk ergriffen, verfehlt niemals ihre Wirkung! Und wenn nicht bald das Versprechen in besserer Weise als durch jene kleinliche Vorlage erfüllt wird, dann hoffen wir, daß es gelingen wird, auf diesem Wege die Herrschenden in Preußen zu diesem Zugeständnis zu zwingen. (Lebh. Beifall bei den Soz. — Zuruf rechts: Militärvorlage!) Jawohl, ich weise ja gerade darauf hin, daß den kolossalen Opfern der Militärvorlage noch der Zustand der Unmündigkeit des preußischen Volkes gegenüber steht, wie er durch das von Ihrem „Heros des Jahrhunderts" als das elendeste und widersinnigste bezeichnete Wahlsystem aufrecht erhalten wird. (Zust. b. d. Soz.) Staatssekretär Delbrück meinte, diese Frage gehöre garnicht hierher. Sie gehört sehr wohl hierher, denn die deutsche Reichsverfassung verlangt dem Sinne nach gleichartige Verfassungen in Deutschland. Ich verweise auch auf die Tatsache, daß vor gar nicht langer Zeit im Preußischen Abgeordnetenhause ein konservativer Abgeordneter verlangt hat, es möge ein Druck auf die preußische Regierung ausgeübt werden, damit sie Preußens Vertretung im Bundesrat in einem bestimmten Sinne instruiere. Ich halte das für durchaus gerechtfertigt nach meiner staatsrechtlichen Auffassung. Aber um soviel mehr hat dann auch der Deutsche Reichstag ein Interesse, darauf hinzuwirken, daß nicht Landtage bestehen, die in durchaus reaktionärem volksfeindlichen Sinne zusammengesetzt sind auf Grund eines Wahlreglements, das in direktem Widerspruch steht zum Wortlaut und Geist der Reichsverfassung. (Sehr wahr! b. d. Soz. Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte zur Heeresvorlage zurückzukehren.) Erstens gehört das dazu und zweitens bin ich zu diesen Ausführungen genötigt, weil der Staatssekretär Delbrück die Kompetenz des Reichstags über diese Dinge zu sprechen bestritten hat. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Präsidenten das bekannt geworden ist. (Ironische Zurufe b. d. Soz.: Nein, nein!)

Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte Sie nochmals, jetzt zur Heeresvorlage zurückzukehren. (Unruhe b. d. Soz.)

Ledebour (fortfahrend): Ich muß das Recht haben, dem Staatssekretär Delbrück auf seine mit dem Geiste der Reichsverfassung unvereinbaren Ausführungen entgegenzutreten. (Sehr richtig b. d. Soz.) Jedenfalls erwarten wir für die Zukunft, daß niemals wieder ein solcher Versuch gemacht wird, die Kompetenz des Reichstags in solchen Fragen zu bestreiten. Wir begrüßen mit Freude die Berner Konferenz, an der die französischen Parlamentarier in so großer Zahl teilgenommen haben. Man darf es nicht so hinstellen, als ob wir es mit der Feindschaft des gesamten Frankreich zu tun haben. Auch in Frankreich ist nur ein kleiner Teil chauvinistisch gesinnt, und wir müssen darauf hinarbeiten, daß dieser kleine Teil der Bevölkerung immer geringer wird. Das geschieht, indem wir alles aufbieten für eine Politik der Verständigung und Freundschaft mit Frankreich. (Sehr richtig b. d. Soz.) Dadurch arbeiten wir besser für den Weltfrieden als durch Rüstungen, die nur das gleiche Rüstungsfieber in Frankreich erzeugen. Die Parteien, die die Vorlage annehmen, säen eine Drachensaat, die das größte Unglück für Deutschland und Frankreich herbeiführen muß. Das zu verhüten, werden wir alles was wir können an Macht und an Volksbegeisterung aufbieten. (Stürm. wiederholter Beifall b. d. Soz.)

Präsident Dr. Kämpf ruft den Abg. Ledebour nachträglich zur Ordnung, weil er mit seiner Aeußerung, die Agrarier wollen nur einen Kanzler dulden, der ihre Sache betreibt, sie wollen nur ihren Geldsack füllen, mag auch alles drunter und drüber gehen (Sehr richtig! b. d. Soz.), eine Partei des Hauses und den Reichskanzler beleidigt habe.

Kriegsminister v. Heeringen: Der Abg. Ledebour hat das Milizsystem als ideal hingestellt. Aber wohl auch kein sozialdemokratischer Arbeiter würde die Verteidigung seines Arbeitsplatzes dem losen Gefüge eines Milizheeres anvertrauen. (Zustimmung rechts. Widerspruch b. d. Soz.) Bei der Vorlage ist lediglich an die Verteidigung des Vaterlandes gedacht, nicht etwa an den inneren Feind; um Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, genügt die Polizei (Zuruf: Mannsfeld, Ruhrrevier), und in solchen Ausnahmefällen genügen die vorhandenen Truppen. — Die Resolutionen sind vom Reichskanzler keineswegs als Quantité negligeable bezeichnet, es wird sicherlich eingehend geprüft werden, wie weit den Wünschen des Reichstags entgegengekommen werden kann.

Fischbeck (VP.): Die Sozialdemokraten haben kein Recht, uns bei der Bewilligung der Vorlage Vertretung kapitalistischer Geldsacksinteressen vorzuwerfen, wir bewilligen sie der Sicherheit des Reiches wegen. Verwunderlich war das gestrige Auftreten des Reichskanzlers, es mußte brüskierend und verletzend wirken. (Sehr richtig! links.) Die Reformen, die wir verlangen, sollen doch die Disziplin und die Organisation der Armee schützen. Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates und auch der Armee. (Beifall b. d. Vpt.) In der Tat liegen die Dinge in der Armee nicht so wie sie liegen sollten, die Bevorzugung des Adels entspricht keineswegs den allgemeinen Verfassungsgrundsätzen. — Die Rechte verlangte eine Aeußerung über die Deckung und der Reichskanzler erklärte, das oberste Gesetz für ihn sei rechtzeitige Fertigstellung der Vorlage. In diesem Sinne sind wir bereit mitzuarbeiten. Bei der Art der Deckung kann es für uns keine Rückwärtskonzentrierung geben, es handelt sich um eine allgemeine Besitzsteuer, die nur eine Vermögens- ode Erbschaftssteuer sein kann. Ist für die Konservativen dieser Weg nicht gangbar, so werden sich hierbei eben unsere Wege trennen. (Sehr richtig! b. d. Vp.) Wir würden das Vertrauen des Volkes verscherzen, wenn wir das opferten, was es bei den Wahlen gefordert hat. — In Bezug auf die Kavallerieregimenter sind wir nicht überzeugt worden, daß die Kommission nicht das Richtige getroffen hat. (Beifall b. d. Vpt.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes in Bayern. Fortsetzung der Wehrvorlage.)

Schluß 5½ Uhr.

Vierzehn Pfennig auf dem Altar des Vaterlandes.

Der Patriotismus ist in höchster Ekstase, er hat sich buchstäblich vor Begeisterung auf den Kopf gestellt, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß der Ueberschwang schwarz-weiß-roter Gefühle noch etwas mit Vernunft zu tun hätte. Ganz besonders aber wird das patriotische Delirium dadurch gefährdet, daß die bürgerlichen Parteien sich in der Budgetkommission des Reichstages über den Wehrbeitrag geeinigt haben.

Wie sieht es nun mit der materiellen Opferung im Jubeljahre 1913 in Wirklichkeit aus?

Stellen wir an der Hand einiger Beispiele, die der durchaus patriotischen „Germania" entnommen sind, wie gewaltig der Besitz in Deutschland schleppt und trägt, um seine Opfergaben auf dem berühmten Altar des Vaterlandes niederzulegen. Nehmen wir an, ein patriotischer Rentier besitze 80 000 Mark Vermögen, habe daneben aber kein beitragspflichtiges Einkommen. Dieser Mann hat bis zum Jahre 1916 180 Mark zu bezahlen. Das heißt — nehmen wir an, er zahlt den ganzen Wehrbeitrag in einem Jahre, was er aber nicht nötig hat — dann bedeutet das eine tägliche Opferung von sage u[nd] schreibe einer halben Mark jeden Tag! F[ünf]fünfzig Pfennig pro Tag kann dieser edle Patriot v[on] früh bis abend sich mit den deutschen Rüstungen brüste[n], er kann fortgesetzt nach Krieg brüllen, stolz und erhabe[n] wird immer wieder aus seinem Mundloch der Satz he[r]vorgurgeln: Was wollt ihr denn, ich habe ja die Rüstu[n]gen mitbezahlt."

Der Mann mit dem Vermögen von 260 000 Mar[k] aber auch ohne wehrbeitragspflichtiges Einkommen zah[lt] täglich ein Frühstück, nämlich 3,25 Mk. Er kann die Summe über drei Jahre verteilen, dann kostet der Rummel jeden Tag knapp 1,10 Mk. Das wohl gemerkt b[ei] einem Vermögen von einer Viertelmillion.

Der Oberlehrer mit dem germanischen Vollbart un[d] die pensionierten hohen Offiziere mit den Schnickelbeinen, die brüllenden Vorreiter der Rüstungen, die müssen na[t]ürlich auch zahlen. Stolz herausgedrückten Bauche[s] werden sie das tun. Bei einem Einkommen von 560 Mark ohne beitragspflichtiges Vermögen ist ein Wehr[]opfer von insgesamt 50 Mk. zu entrichten. Das sind übe[r] ein Jahr verteilt, jeden Tag vierzehn Pfen[]nige!

Gott segne das Vaterland, welches solche Patriote[n] hat. Man denke doch, daß solch edler Mensch den Wehr[]beitrag doch natürlich nicht auf einmal bezahlen wird, e[r] verteilt ihn sich auf die drei zulässigen Jahre. Für fünf Pfennig den Tag ist er so zum opferbereiten Patriote[n] geworden. Billiger ging es doch wirklich nicht!

Die Direktoren unserer Gewehrfabriken un[d] Rüstungslieferanten haben in der Regel ein Einkommen von mindestens 40 000 Mark, zumeist ist es noch erheblich höher; bei der Lieferung von Mitteln zur Vaterlandsverteidigung lassen sich ja bekanntlich immer sehr gute Geschäfte machen. Diese Patrioten haben ein Jahr lang jeden Tag 2,86 Mk. auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen. Das können sie natürlich auch auf drei Jahre verteilen. Mit anderen Worten, die Vierzigtausendmarkmänner brauchen jeden Tag nur zwei ihrer guten Zigarren weniger zu rauchen, dann sind sie mi[t] Leichtigkeit zum vaterländischen Opferjüngling ge[]worden.

Hat nun solch armer „besserer Arbeiter" nur ein Einkommen von 20 000 Mark, daneben aber 200 000 Mk Vermögen, so kostet ihm der patriotische Opferrummel ein Jahr lang jeden Tag 3,20 Mk. Das heißt, er brauch[t] nur eine Pulle von seinem mittelmäßigen Weine täglich weniger zu trinken, das wäre ja sicher noch auszuhalten, dann ist auch dieser Mann ein Held und Retter des Vaterlandes.

So opfert man hundert Jahre nach der Völkerschlacht bei Leipzig!

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der erste braunschweigische Reichstagswahlkreis, Braunschweig-Stadt und Land und Kreis Blankenburg a. H., zählte am 31. März d. Js. 9927 Mitglieder, darunter 1681 weibliche, gegen 9486 Mitglieder am 30. Juni v. Js. mit 1604 weiblichen. Die Stadt Braunschweig zählt 7779 Mitglieder gegen 7616 im Vorjahre, das Land 2148 gegen 1870 im Vorjahre. Der „Volksfreund" hat im Kreise 10 985 Abonnenten, die „Neue Zeit" 87, die „Gleichheit" 464, der „Wahre Jakob" 2561. Der Volksfreund-Kalender wie die Monatsschrift „Empor" wurde unentgeltlich verbreitet. Sozialdemokratische Gemeindevertreter zählte der Kreis 73 in 33 Orten, gegen 59 in 26 Orten im Vorjahre.

Die Reaktion in Schlesien. Der gegen drei Genossen aus der Parteileitung in Waldenburg i. Schl. anhängig gemachte politische Meineidsprozeß kommt Anfang Juli zur Verhandlung. Die drei angeklagten Genossen befinden sich seit März in Untersuchungshaft. — Nach dreimonatiger Haft wurde Gen. Luscher von der „Schlesischen Bergwacht" aus dem Gefängnis entlassen. Die Strafe erhielt L. wegen eines Zeitungsartikels, in dem Aufreizung zum Klassenhaß erblickt wurde.

Die Behandlung der Wehrvorlagen. Über die Behandlung der Wehr- und Deckungsvorlagen im Reichstag hat sich eine kleine Parteidebatte entsponnen. Genosse Heilmann in der „Chemnitzer Volksstimme" und die „Bremer Bürgerzeitung" hatten es beklagt, daß unsere Fraktion dafür eingetreten war, daß zunächst die zweite Lesung der Wehrvorlage vorgenommen und dann die Beratung der Deckungsvorlage begonnen wurde. Darin sahen die genannten Kritiker ein Nachlassen in der Bekämpfung der Rüstungspolitik und eine Erleichterung für die Anhänger der Militärvorlage. Genosse Noske, der als Reichstagsabgeordneter in die Tendenzen der Fraktion Einblick hat und ebenfalls an der „Chemnitzer Volksstimme" tätig ist, trat dieser Anschauung entgegen, indem er darauf hinwies, daß für die Militärvorlage eine geschlossene und sehr große Mehrheit aller bürgerlichen Abgeordneten mit Ausnahme der Elsässer vorhanden ist und an der Annahme nicht zu zweifeln sei. Wo die Fraktion wirksam eingreifen kann, das sei die Deckungsfrage, und deshalb haben die Reaktionäre den Erpressungsversuch gemacht, zunächst eine Deckung nach ihrem Sinne durchzudrücken, ohne daß die Militärvorlage angenommen war. Diesem Versuch mußte sich die Sozialdemokratie widersetzen, wenn sie die Lasten für die einmal unabwendbaren Ausgaben nicht wieder den Minderbemittelten wollte auftürmen lassen. Die „Leipziger Volkszeitung" und das „Hallesche Volksblatt", die sonst in der gleichen Linie mit dem Bremer Parteiblatt fahren, ließen erkennen, daß sie die Haltung der Fraktion für richtig anerkannten. Später hat dann Rosa Luxemburg zwei Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht, die der Fraktion und noch mehr dem „Vorwärts" den Vorwurf machen, daß sie die Forderung der Miliz nicht genug in den Vordergrund gestellt und keinen Versuch gemacht haben, die Massen für diese Forderung in großen Versammlungen und mit Demonstrationen ins Feld führen. Darauf antwortete der „Vorwärts": „Wer die Artikel der „Leipziger Volkszeitung" liest, muß zu der Meinung kommen, der „Vorwärts" sei in der Rüstungsfrage noch windelweicher als die Fortschrittspartei. Nach R. L. hat der „Vorwärts" auf die Milizforderung überhaupt verzichtet und ist nur für Herabsetzung der dreijährigen Dienstzeit bei den berittenen Truppen und für Abschaffung des Einjährigenprivilegs eingetreten. Wie liegen die Dinge aber in Wirklichkeit? Als die Heeresvorlage offiziell bekanntgegeben wurde, hat sie der „Vorwärts" sofort als erster in einem äußerst scharfen Artikel unter ausdrücklichem Hinweis auf unsere Milizforderung kritisiert. Der Artikel erregte ein Wutgeheul in der gesamten bürgerlichen Presse. In vielen Artikeln und Notizen, die sich mit der Heeresvorlage beschäftigten, ist dann im „Vorwärts" immer und immer wieder auf die Milizforderung Bezug genommen worden. Als die französische Regierung nach Bekanntwerden der deutschen Heeresvorlage den Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit einbrachte, erschienen im „Vorwärts" zwei

Artikel über die Herabsetzung der dreijährigen Dienstzeit bei den berittenen Truppen. Ausdrücklich wurde aber in diesen Artikeln auf unsere Milizforderung verwiesen und es wurde nachdrücklichst betont, daß es sich um eine Teilforderung handele, die vor allem unseren französischen Genossen zugute kommen solle. Kein Mensch wird doch leugnen wollen, daß die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit in Deutschland den Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit in Frankreich nicht unwesentlich gefördert hätte. Der in diesem Artikel gelieferte Nachweis daß die Verkürzung der Dienstzeit technisch möglich sei, schließt noch lange keinen Verzicht auf die Milizforderung in sich." — Inzwischen haben ja die Verhandlungen im Reichstage wieder begonnen und die Genossen können sich durch eigene Beobachtung ein Bild und ein Urteil über die Haltung der Fraktion machen.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Seidenfärber im Wuppertal. Im Wuppertal sind in zehn Betrieben 390 Seidenfärber ausständig; sie verweigern wegen des Krefelder Färberkampfes Verrichtung von Arbeiten für Krefelder Seidenwebereien. Gleichzeitig fordern sie 15 % Lohnerhöhung, 56stündige Arbeitszeit pro Woche und höhere Bezahlung der Ueberstunden.

Blutige Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizisten in Krefeld. In Krefeld ist es zu blutigen Zusammenstößen der Polizei mit den Streikenden gekommen. Nach einer von vielen Tausenden besuchten Versammlung am Dienstag forderte die Polizei in der bekannten Weise die auf dem Heimwege befindlichen Arbeiter auf, schneller zu laufen. Da bei der großen Zahl der Menschen sich die Masse nicht in dem von der Polizei gewünschten Tempo vorwärtsbewegen konnte, gab es die üblichen, bei der Polizei beliebten Stöße und Püffe. Die Versuche des Zentralvorstandsmitgliedes Rössel, die Polizei zu beruhigen, brachten Rössel gleichfalls derbe polizeiliche Zurechtweisungen ein. Als die Sache schließlich schon beigelegt schien, und die Massen sich verlaufen hatten, rückte aus einem nahen bestreikten Färbereigebäude Verstärkung der Polizeimacht an. Die Polizei ging mit gezogenem Säbel gegen die Arbeiter vor. Ein Färber, der einen Polizisten vom Schlagen abhalten wollte, bekam 10 Hiebe mit dem Säbel und stürzte auf der Straße zusammen. Die alte Mutter des Verletzten wollte ihren Sohn wegziehen. Ein Polizist schlug die alte Frau mit Säbel, so daß sie eine blutende Wunde am Arm davontrug. Als sie trotzdem blieb, um ihren Sohn vor weiteren Schlägen zu schützen, packte sie ein Polizist und schleuderte sie zur Erde. Der Vater des Verletzten, der gleichfalls hinzukam, um Mutter und Sohn vor der Polizeiwillkür zu retten — beiläufig bemerkt, ist der Vater ein 66 Jahre alter Invalide — erhielt gleichfalls Schläge mit dem Säbel über den Rücken und wurde auf die Erde geworfen. Dann ließen die Polizisten von dem Färber ab und wandten sich anderen, des Weges kommenden Arbeitern zu. Eine Beschwerde beim Oberbürgermeister gegen diese Uebergriffe der Polizei wurde zurückgewiesen. Der Oberbürgermeister antwortete, die Beamten handelten den Vorschriften des Gesetzes entsprechend. Wer da glaube, daß ihm Unrecht geschehe, müsse sich beschweren. Es würden dann die Gerichte und die höheren Instanzen entscheiden. — So trägt die Polizei durch ihr schneidiges Vorgehen unnütze Schärfe und Erbittrung in diesen Kampf der Seidenfärber hinein.

Zum Kampf der Ziegeleiarbeiter in Lauenburg i. P. Dem Fabrikarbeiterverband ist es gelungen, in vier Betrieben mit den Ziegeleibesitzern Tarife abzuschließen, die den Arbeitern beträchtliche Lohnzulagen und eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde in diesem Jahre und um eine ganze Stunde im nächsten Jahre bringen. Die Arbeitszeit beträgt dann immer noch 10 Stunden pro Tag; die Verkürzung bedeutet aber doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Ziegelei von Krohn verhält sich den bescheidenen Forderungen der Arbeiter gegenüber strikte ablehnend. Der Besitzer glaubt, seinen Betrieb dadurch aus der Lohnbewegung ausschalten zu können, daß er einmal die Vertrauensleute entläßt und die übrigen Arbeiter auffordert, dem Fabrikarbeiterverband den Rücken zu kehren. Mit seiner Aufforderung erreichte er aber, daß sämtliche Arbeiter die Arbeitsstätte verließen. Herr Krohn will nun versuchen, Polen und Galizier zur Arbeit heranzuziehen. Die Lauenburger Polizei ist um den bestreikten Betrieb eifrig bemüht. Noch bevor die Arbeitsniederlegung erfolgt war, wurden die Unorganisierten unter polizeilicher Eskorte zur Arbeit gebracht.

Von der Gewaltherrschaft der Grubendirektionen. Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Georg Werner in Essen, hatte sich am Dienstag vor dem dortigen Schöffengericht wegen Beleidigung des Direktors Kleemann von Zeche „Deutscher Kaiser" zu verantworten. In einem Artikel, überschrieben „Fahrlässigkeit oder Verbrechen?", der Ende November v. Js. in Parteiblättern erschienen war, hatte Werner aufsehenerregende Tatsachen über die Zustände auf Schacht III der genannten Zeche mitgeteilt. Die wichtigste war die, daß der Bergrevierbeamte bei Entnahme von Wetterproben in einem Flöz, wo schon einmal 16 Bergleute infolge von Schlagwetterexplosion zu Tode gekommen, in unerhörter Weise getäuscht worden ist. Ein Steiger, der das Revier mit voller Verantwortung übernehmen sollte, und sich dessen unter den obwaltenden Verhältnissen geweigert hatte, war entlassen worden. Seine Anzeige beim Bergrevieramt hat, soweit bekannt geworden, keinerlei Erfolg gehabt. Die Zechenverwaltung bedachte die Blätter, die den Artikel gebracht hatten, mit einer Berichtigung, in der Werners Angaben in einer diesen beleidigenden Form bestritten wurden. Werner hielt seine Behauptungen in einer Entgegnung aufrecht und fügte zur Charakteristik des Direktors Kleemann, der jener Schachtanlage vorsteht, noch zwei Beispiele an. Ein Steiger sei aus Furcht vor dem zu erwartenden Krach wegen nicht genügender Förderung 36 Stunden unter der Erde geblieben und habe mit Hilfe eines Polizeihundes gesucht werden müssen. Wegen der Entlassung eines anderen, der nirgends habe unterkommen können, habe dessen Frau, Mutter von sechs Kindern, sich das Leben genommen, indem sie sich mit Petroleum begossen und angezündet habe. Wegen dieses Falles klagte Kleemann. Alle anderen Behauptungen Werners sollen nach seines Vertreters Angabe in einem Strafverfahren zur Erörterung kommen, das er beantragt habe. In der Beweisaufnahme bekundete der Witwer jener Frau, daß Kleemann, während er wegen der Folgen eines erlittenen Unfalles in einer Kuranstalt gewesen war, seiner Frau erklärt habe, ihr Mann sei der schlechteste Beamte, er würde entlassen, und er würde dafür sorgen, daß er keine Stelle bekäme. Er sei dann auch entlassen worden und hätte nirgends ankommen können, wegen der von „Deutscher Kaiser" eingegangenen Auskünfte. Seine Frau, die den Direktor aufgesucht habe, um ihn zu bestimmen, ihrem Manne nichts mehr in den Weg zu legen, sei abgewiesen worden, ebenso auch er selbst mit späteren schriftlichen Vorstellungen. Nach etwa zwei Jahren sei seine Frau nochmals hingegangen, doch mit gleichem negativem Erfolge. Das habe sie zur Verzweiflung gebracht, und so habe sie auf so schreckliche Weise ihr Leben beendet. In ihren Abschiedsbriefen und zu Nachbarinnen habe sie ausdrücklich gesagt, daß sie durch das Verhalten Kleemanns zu ihrem Entschluß getrieben worden sei. Der Direktor bestritt vor Gericht entschieden, daß die Frau ein zweites Mal bei ihm gewesen sei. Er gab zu, daß er nach Erscheinen des Artikels heimlich einen Herrn zu dem Steiger geschickt habe, der diesem bedeutete, daß er wohl wieder eine Stellung bekommen könne. Als der Entlassene einige Wochen später an den Direktor geschrieben, hat dieser ihm eine Anstellung als Aufseher bei einem Bergbauunternehmer verschafft, der auch für die Zeche „Deutscher Kaiser" arbeitete. Eine Woche darauf erfolgte dann die Klage gegen Werner wegen des einen Falles. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis merkwürdigerweise nicht für erbracht, sprach aber Werner frei, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er auf die Angriffe in der Berichtigung antwortete.

Eine mißlungene Terrorismusgeschichte. Von der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. wurde die Berufung des Genossen Ege, Lokalbeamten des Zimmererverbandes in Frankfurt a. M., gegen ein Urteil des Frankfurter Schöffengerichts verworfen. Ege war wegen Beleidigung des Zimmerers Rupp zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Die Kollegen des Rupp hatten dessen Entlassung wegen seines feindlichen Verhaltens gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen verlangt und erreicht. Hieraus hatte die fortschrittliche Presse in Frankfurt a. M. und ihr nach die ganze Presse des Reichsverbandes einen Akt politischen Terrors der Sozialdemokratie gemacht. Zur Abwehr dieser Beschuldigungen hatte Ege in unserem Frankfurter Parteiorgan eine Erklärung veröffentlicht, in der Rupp ein wenig unsanft angefaßt worden sein will. Er klagte und erreichte die Verurteilung Eges zu der mitgeteilten Strafe Das Gericht versagte E. den Schutz des § 193 Str. G. B. (Wahrung berechtigter Interessen). Trotzdem durch die Beweisaufnahme in zwei Instanzen erwiesen ist, daß die politische Stellung Rupps mit dem Vorgehen seiner Kollegen gegen ihn gar nichts zu tun hatte, behauptete sein Anwalt auch in der zweiten Instanz wieder, daß politischer Terror vorliege. Das wird jetzt sicher als urkundlicher Beweis in die Akten des Reichsverbandes übergehen. In Wirklichkeit ist durch Vernehmung von zwanzig Zeugen das Gegenteil festgestellt worden; auch die zweite Instanz hat ausgesprochen, daß die Zimmerer bei ihrem Vorgehen gegen Rupp nicht an dessen liberale Gesinnung gedacht hätten.

Riesenstreik der Handelsangestellten in Sibirien. Seit etwa einem Monat tobt in sämtlichen Städten Sibiriens ein Kampf der Angestellten der Millionenfirma Wtorow, der in der Geschichte der russischen Angestelltenbewegung ohnegleichen dasteht. Am 3./16. Mai traten 250 Angestellte in 6 Filialen der Firma in Irkutsk wegen brutaler Verletzung der Vertragsbedingungen in den Ausstand. Am 10. Mai schlossen sich ihnen sämtliche Angestellte in den Filialen in Tschita, Sretensk, Werchneudinsk, Troitzkosawsk und Jekaterinburg an. Am 15. Mai streikten die Angestellten der 5 Filialen in Tomsk. Am 17. Mai schlossen sich die Angestellten in vier anderen Städten dem Streik an. Insgesamt streiken sämtliche Filialen der Firma in 11 Städten Sibiriens mit einer Angestelltenzahl von 1200 Personen und einem Jahresumsatz von 20 Mill. Rubel. Jeder Streiktag bringt der Firma einen Schaden von 100 000 Rubel. Anstatt aber ihren Vertragsbruch gegenüber den Angestellten gut zu machen, greift die Firma nun, wie aus einem Telegramm der Streikenden an den Dumaabgeordneten von Irkutsk, Genossen Manjkow, hervorgeht, zu denselben Gewaltmitteln, wie im vorigen Jahre die Direktion der Lena-Gold-Gesellschaft vor der Anzettelung des Arbeitermassakers vom 4./17. April. Wie in dem Telegramm gemeldet wird, nahm die Polizei am 1. ds. Mts. bei den bevollmächtigten Rechtsbeiständen der streikenden Angestellten, den Rechtsanwälten Tuschewsky und Witker Haussuchungen vor. Am folgenden Tage erschien sie beim Rechtsanwalt Witker, als dieser im Verein mit acht Delegierten der Angestellten eine Klageforderung gegen die vertragsbrüchige Firma ausarbeitete, und verhaftete sämtliche Anwesende! Erwähnt sei noch, daß die genannten Rechtsanwälte und die Delegierten der Angestellten mit Genehmigung des Gouverneurs gewählt und mit der Erledigung der Streikangelegenheit ordnungsgemäß betraut worden waren. Nun sind die Verhafteten der politischen Polizei übergeben worden, die sich, nach vorjährigem Muster, sicherlich beeilen wird, einen Hochverratsprozeß aus der Angelegenheit zu konstruieren. Mit allen Mitteln der Gewalt wird darauf hingearbeitet, die friedlichen Streikenden zu provozieren, ihren Widerstand durch brutale Einschüchterungsversuche zu brechen, denn vor den Millionen der Firma Wtorow beugt sich die Administration ebenso tief zur Erde, wie vor den allmächtigen Direktoren der Goldgesellschaft an der Lena.

Aus der Jugendbewegung.

Das strafwürdige Singen eines Jugendlichen. Vor einer Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Kunert am 4. Mai in Bruckdorf auf dem Grundstück des Genossen Lorenz sprechen sollte, hatten die Bruckdorfer Arbeitersänger, darunter der 15jährige Sohn des Grundstücksbesitzers Lorenz ein Lied vorgetragen. Nach dem Verklingen des Gesanges hatte sich der junge Lorenz sofort entfernt, noch ehe der Redner begann. Trotzdem bekam er wegen Übertretung des Vereinsgesetzes einen Strafbefehl über 3 Mark. Da Einspruch erhoben war, erklärte der Gendarm vor Gericht, daß die Versammlung weder vor noch nach dem Liede offiziell eröffnet worden sei, er deshalb den Gesang für einen Teil der politischen Veranstaltung halte, und da der junge Lorenz mitsang, hatte er an der politischen Versammlung gesetzwidrig teilgenommen. Das Schöffengericht verwarf den Einspruch. Hier wird also schon das Singen als eine politische Versammlungstätigkeit angesehen; trotzdem seinerzeit vom Regierungstische aus gesagt wurde, das Vereinsgesetz werde liberal ausgelegt und gehandhabt!

Aus Nah und Fern.

Weitere Hitzschläge beim Militär. Vom sächsischen Truppenübungsplatz Königsbrück wird berichtet, daß eine Anzahl Soldaten an einem der letzten heißen Tage bei einer Uebung krank wurde und ins Lazarett gebracht werden mußte. Ein Soldat ist bereits gestorben, die anderen befinden sich noch in ärztlicher Behandlung. — Natürlich wird man auch hier wieder behaupten, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden seien, um Hitzschlägen vorzubeugen. Die beste Vorsichtsmaßregel aber wäre die, daß man an heißen Tagen auf die anstrengenden Uebungen verzichten würde.

Vom Sternickel. Die Kölner Staatsanwaltschaft hat gegen den Raubmörder Sternickel Anklage auf Raubmord wegen Ermordung des Landwirts Viktor im Jahre 1908 erhoben.

Schweres Autounglück. Mittwochnachmittag ist das mit drei Personen besetzte Automobil des Frankfurter Verkaufsbureaus der Aachener Mannesmannwerke bei dem Dorfe Malmeneich verunglückt, indem es in einer Kurve gegen einen Baum fuhr. Das Automobil ist vollständig zertrümmert worden. Der Wagenführer, ein Oberingenieur aus Frankfurt a. M., hat einen Schädelbruch erlitten; er ist in hoffnungslosem Zustande in das Limburger Vincenz-Hospital gebracht worden. Die anderen Insassen sind mit leichteren Verletzungen davongekommen.

Schweres Unglück bei einer Prozession. Während einer Prozession in Twieniec im Gouvernement Minsk stürzte eine Brücke ein. Ueber 100 Personen, einschließlich der Zelebranten, stürzten in den Fluß. Es wurden alle gerettet, doch sind viele verletzt.

Auf der Suche nach dem Mittelsmann des „Matin" in der elsaß-lothringischen Regierung. Nachdem bereits in vergangener Woche wegen Veröffentlichung der elsaß-lothringischen Ausnahmegesetze im „Matin" zwei Unterbeamte eidlich vernommen worden sind, wurde am Mittwoch nun auch der Straßburger Vertreter des Pariser „Matin" vernommen. Der Matinkorrespondent verweigert jede Aussage, weshalb ihn das Gericht einstweilen wegen Zeugnisverweigerung in eine Strafe von 30 Mark nahm; außerdem wurden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt. Auch der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" wurde längere Zeit verhört. Auch er verweigerte jede Aussage; eine Strafe wurde ihm jedoch nicht auferlegt. Die Sache wurde dann bis Freitag vertagt, da nach Ansicht des Untersuchungsrichters Aussicht vorhanden ist, so viel neues Material zu erhalten, daß die Feststellung des Vermittlers erfolgen könne.

Doppelmord. In Bassonville bei Chartres ist in der vergangenen Nacht das greise Ehepaar Gouin ermordet worden. Die Mörder, ein 15jähriger und ein 13jähriger Bursche sind vor kurzem aus einer Besserungsanstalt entwichen; sie sind verhaftet worden.

Schweres Schiffsunglück. In dem ostrussischen Orte Glasoff ist ein den Tschatza-Fluß befahrendes Fährboot aus unbekannter Ursache untergegangen. Etwa dreißig bis vierzig Personen haben ihren Tod durch Ertrinken gefunden. Der Bevölkerung an beiden Ufern des Flusses bemächtigte sich über die Katastrophe eine solche Erregung, daß Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeigeholt werden mußte.

Sichtung eines Eisberges. Wie der Liniendampfer „Olympic", der in Neuyork eingetroffen ist, berichtet, hat er am Sonntag früh einen Rieseneisberg gesichtet, der 120 Fuß über die Wasserfläche hinausragte. Die Stelle ist etwa hundert englische Meilen von dem Punkte entfernt, wo im Jahre 1912 die „Titanic" untergegangen ist.

„Gelobt sei Jesus Christus." Die „Neunkirchener Ztg." vom 9. Juni schreibt: „In den katholischen Gegenden Deutschlands, besonders auf dem Lande, grüßt man sich mit dem schönen Gruße: „Gelobt sei Jesus Christus" — „In Ewigkeit, Amen." Der Hl. Vater hat nun zur Erinnerung an das Konstantinische Zentenarium einen Ablaß von hundert Tagen allen jenen verliehen, die sich dieses katholischen Grußes bedienen. Der Ablaß ist auch den armen Seelen im Fegefeuer zuwendbar. Dieses Privileg ist erteilt worden, damit der fromme Gebrauch dieses Grußes beibehalten, verbreitet und dort, wo er in Vergessenheit geraten ist, wieder aufgenommen werde." — Gegen den Gruß an sich ist nichts einzuwenden. Aber daß der Ablaßunfug im zwanzigsten Jahrhundert noch blüht wie im Mittelalter, ist kein Ruhmeszeichen moderner Kultur!

Eifersuchtstragödie in der Kirche. In der Peterkirche zu Sulmona hat sich eine Eifersuchtstragödie abgespielt. Der städtische Beamte Stoppa hatte den Pfarrer Demartinis im Verdacht, Beziehungen zu seiner Frau zu unterhalten. Stoppa, der nicht im besten Ruf steht, drang in die Kirche, als der Pfarrer gerade die Messe las, und tötete ihn durch zwei Revolverschüsse ins Herz. Hierauf eilte Stoppa nach Hause und erschoß auch seine Frau. Dann stellte er sich der Gerichtsbehörde.

Genossenschaftsbewegung.

Der sittliche Wert der Genossenschaftsbewegung. Im Kampfe der Händler wider die Konsumgenossenschaften trifft man auch die Behauptung an, die Organisierung des Konsums sei in moralischer und sittlicher Hinsicht vom Uebel. Die Widersacher der Konsumvereine lieben überhaupt die Berufung auf Moral und Sitte sehr. Es fällt ihnen gar nicht so sehr schwer, der Genossenschaftsbewegung jegliche Fähigkeit, an der Fortentwickelung der Kultur mitzuarbeiten, abzusprechen, wie es kürzlich ein sehr eifriger Mittelstandsretter fertig brachte. Wäre das richtig, so gäbe es tatsächlich nichts Unsittlicheres als den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Daß Einfalt oder absichtliche Blindheit sich so gebärden, ist bekannt genug. Es ist aber doch angenehm, von Zeit zu Zeit auf Urteile hinweisen zu können, die der sittlichen Seite der genossenschaftlichen Arbeit gerecht zu werden sich bemühen. In der Nr. 5 der „Ethischen Rundschau" ist folgendes zu lesen:

> Zweifellos bedeuten die Genossenschaften einen Vorstoß gegen den Egoismus. Eine Genossenschaft will alle errungenen Vorteile den Genossen gleichmäßig zugute kommen lassen, während der Geschäftsmann über den Gewinn des Unternehmens allein verfügen will. Jeder Genosse, ob er nun einen oder zehn Geschäftsanteile hat, verfügt über nur eine Stimme. Es ist in den Genossenschaften unmöglich, wie etwa in kapitalistischen Aktiengesellschaften, mittels des Geldes Einfluß und Mehrheit zu gewinnen. Ferner haben es die deutschen Konsumvereine für ihre Ehrenpflicht gehalten, die Verhältnisse ihrer Angestellten zu sichern und beständig zu verbessern und ihnen ausreichende freie Zeit und Erholungsurlaub zu gewähren. Auch andere Aufgaben ethischer Art übernehmen diese Konsumvereine. So verteilte der Konsumverein zu Halle vor einigen Jahren an eine Anzahl seiner arbeitslosen Mitglieder 2000 Mk. Die englischen Genossenschaften gewähren seit vielen Jahren den See-Rettungsstationen namhafte Beiträge. Kurz, diese Vereinigungen bemühen sich ernsthaft und nach Kräften, das Gebot: „Liebe deinen Nächsten und sei ihm ein Bruder!" zu erfüllen. Oppenheimer formuliert das so: „Genossenschaftlicher Geist und allgemeine Sittlichkeit sind identisch." Wem das aber noch nicht genug ist, der höre Tolstoi: „Die Gründung und Förderung von Genossenschaften ist die einzige soziale Tätigkeit, welche sich einem moralischen Menschen, der kein Bedrücker sein will, in unserer Zeit geziemt."

Einer anderen Zeitschrift, der „Deutschen Rundschau", nötigt die sich kraftvoll entfaltende Konsumgenossenschaftsbewegung jene Achtung ab, die sie allen sozial empfindenden Menschen stets abnötigen wird. Das kommt in einer längeren Abhandlung zum Ausdruck, in der auch zu lesen ist:

> „Hier ist eine Schule für die Besorgung von öffentlichen Geschäften. Hier ist Gelegenheit, zu lernen, was es bedeutet, im Dienste für ein Gemeinwesen zu arbeiten. Hier sieht man auch, welches die Bedingungen, die Hemmnisse sind, wenn man die Welt verbessern will."

Das lautet einigermaßen anders als das Gerede von dem Mangel an sittlichen Werten in der Genossenschaftsbewegung. Ist die Genossenschaft eine Schule für die Besorgung öffentlicher Angelegenheiten, so soll man eine Sache mit größerem sittlichen Inhalte noch suchen. Die Arbeit für die Allgemeinheit, das ist die genossenschaftliche Arbeit in den Konsumvereinen, ist Arbeit von höchstem sittlichen Werte. Wer es bestreitet, hat den Befähigungsnachweis erbracht, Mittelstandsretter zu sein.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Telephonisch

können **Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen** angenomm. werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten".

Zu sofort (4593

ein Mädchen

welches Ostern die Schule verlassen hat.

Holstenstr. 8. **Frau D. Wagner.**

Gesucht Hausierer, die Kommissionswaren mit zum Verkauf über Land nehmen.

4578) Torneistraße 8.

Möbl. Zimmer

zu sofort zu vermieten

4579) Attendornstraße 18. part.

Eine Frau mit Stube u. Küche oder Stube mit Nebengelaß, am liebsten Tompemeinde. Angebote unter S L an die Exp. (4571

Magnum bonum-Eßkartoffeln

pro Ztr. 3½ Mark und 2½ Mark.

4575 **R. David,** Feldstr. 2.

Blauen-Schürzen, Damen-Stiefel und Schuhe empfiehlt billig (4597

Marktstr. 45 I.

Zu kaufen gesucht (4576

Futterkartoffeln.

F. Hennings, Schlutup 10.

Mobilien zu verkaufen wegen Verzugs von hier.

4574. Hüxstraße 63.

Ein Herren- und ein Damen-Sommer-Paletot billig zu verkauf.

4575) Schwartauer Allee 12c, 1. Et.

---

1 Kinderbettstelle m. Matr. u. Kopfteil u. 1 blauer Kinderwagen m. Gummiref. u. Schutzbl. billig zu verk. (4574) Mengstr. 30, 2. Et.

Umzugshalber billig zu verkauf. Kleines Sofa 6 Mk., Schirmständer 1 Mk., Gr. Kleiderschrank 1.50 Mk., Fahrrad 10 Mk., Hängelampe 4 Mk., Holzofen 2.50 Mk., Handnähmasch. m. Schrk. (4568) Mengstr. 21, pt.

Zwei n. eich. **eiserne Bettstelle** m. Matr. à St. 10 Mk. Gut näh. **Trinähmaschine,** 12 Mk.

4572) M. Gröpelgrube 61.

Zu verkaufen Kolbenpflanzen, Schlafsofa, Waschtisch u. ein Anzug. (4576

Wakenitzer Allee 15.

Rote Beete-, Grünkohl- u. Steckrüben-Pflanzen, Schock 25 Pfg., hat zu verkaufen (4569

Eisermann, Gartenstr. 6.

Kaninchen

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. **B M** a d. Exp. (4566

Zu kaufen gesucht eine gut erh. **einschläfige Bettstelle.** (4584

Neufeld, Dankwartsstr. 11.

Gesucht ein gut erhalt. **Knaben-Fahrrad.** Angeb. unter **P J** an die Exped. d. Bl. (4585

Verlor. 2 zuigeb. Schlüssel.

Der ehrliche Finder erhält Belohn.

4594) Gerberstraße 5.

Verloren eine Brillenschale v. Eisenbahnhofstr. Abzugeben daselbst gegen gute Belohnung. (4568

Schicke Frisuren!

4570) Frau **Kobabe, Schlutup.**

Empfehle mich zum **Anfertigen aller Damen- u. Kindergarderobe, Mäntel, Kostüme.**

4583 Dankwartsstraße 46, II.

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln

sind zum Preise von 30 Pfg. zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Johannisstraße 46.

GEORG A. JASMATZI AKT. GES.
DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

4348

Putze mit Henkel's Bleich-Soda

4566

Hühnerfutter.

1	Pfd.	Futterreis	14 ₰
10	„	Futterreis	135 „
5	„	Buchw.-Grütze	95 „
5	„	Buchw.-Futtergr.	80 „
10	„	Mais	95 „
10	„	Gerste	105 „
10	„	Weizen	115 „
10	„	Weizenkleie	75 „

Eduard Speck

Hüxstraße 80 u. 82. (4599

Partie

Holländer Käse Pfd. **80 ₰**

bei Abnahme v. halb. Käse 5 ₰ billiger
„ „ ganz. „ 10 ₰ „

Hochfein. Sommerfang-Hering

Stck. 5 u. 8 ₰. 3 Stck. 20 ₰

Delikater Matjes 5, 8, 10, 15 u. 20 ₰

4594 empfiehlt

Wilh. Badstein,

Schwönekenquerstraße 11.

Wäsche-Artikel.

Toiletten-Seife	3 Stück	37 ₰
Harte Seife	25, 30 u.	33 „
Schmiercseife	Pfd.	19 „
3 Pfd. Soda		19 „
Bleichsoda	Paket	10 „
Stärke	„	30 „
3 Beutel Blau		10 „
Regoda-Waschpulver		55 „

Eduard Speck

Hüxstraße 80 u. 82. (4600

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 14. Juni

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Werftarbeiter-Konferenz.
2. Stellungnahme zum VII. Internationalen Metallarbeiter-Kongreß in Berlin und Aufstellung von Kandidaten dazu.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Wahl eines Bezirksmannes.
5. Verschiedenes.

4593) **Die Ortsverwaltung.**

4589) Frisch eingetroffen:

2. Sorte Meierei-Grasbutter Pfd. 1.20 Mk.

Hof- und Bauernbutter Pfd. 1.10 Mk.

Th. Storm Nachfolger,

Königstraße 98. **Fernsprecher 473.**

Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Schwartau

Eutiner Straße 3a.

Am Dienstag, dem 17. Juni 1913, nachmittags 4 Uhr

Eröffnung der Lichtspiele

(Kinematographen-Theater).

Vorführung von nur erstkl. Bildern. 4586

Um gütigen Zuspruch bitten **die Unternehmer.**

Chorverein Lübeck . . .

Ausflug nach Mölln

mit nachfolgendem Tanzkränzchen im „Doktor-Hof"

am Sonntag, dem 15. Juni 1913.

Abfahrt 1.31 Uhr nachmittags. Rückfahrt 10.53 Uhr abends.

Preis für Mitglieder pro Person 1.50 Mk.

Nichtmitglieder pro Person 2.00 Mk.

Die Karten für Mitglieder sind nur beim Boten **H. Hümöller,** Alfstraße 31 und Sonnabends abends von 8—10 Uhr im **„Gewerkschaftshaus"** bis spätestens Sonnabend, den 14. Juni, zu haben. Für Nichtmitglieder nur bei **Friedrich Lender,** Hüxstraße 94.

4014) **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Einladung zum

Stiftungs-Fest

mit Ball und Kinderbescherung

am Sonntag, dem 15. Juni 1913

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Anfang 5 Uhr. (4376) **Ende 2 Uhr.**

Eintritt für Herren 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Konzerthaus Fünfhausen. 4592

Heute: Tanzkränzchen.

Sonntag: Freies Tanzkränzchen.

Wanduhren, Taschenuhren, Goldwaren, (4565 **Verlobungsringe,**

Willi Westfehling,

32 **Holstenstrasse** **32**

Zentralverband der

Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgen. Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Versammlung

am Sonnabend, dem 14. Juni

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Wahl eines Kassierers.
4. Verschiedenes.

4577) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Turnverein „Eichenkranz", Schwartau-Rensefeld

Einladung zum

Sommer-Fest

verbunden mit **Preisschießen** für Herren und Damen, **Konzert, Schauturnen und Ball**

am Sonntag, dem 15. Juni,

im Lokale des Herrn **Piquardt.**

Anfang des Konzerts **3** Uhr, Ball-Anfang **7** Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

4583) **Das Komitee.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Seeretz.

Einladung zum

Stiftungs-Fest

am Sonntag, dem 15. Juni

im Lokale des Herrn E. Cordts.

Anfang des Schießens und Kegelns 2 Uhr. — Korsofahrt 4 Uhr.

Ballanfang 6 Uhr.

Eintritt 1 Mk., einzelne Dame 80 Pf.

Sonnabend beginnt das Kegeln 7 Uhr.

4582) **Der Vorstand.**

4401 **Restaurant**

„Zum alten Mecklenburger Landkrug"

Lohmühlenweg 1.

Sonntag, den 15. Juni 1913:

Gr. Sommerfest

verbunden mit

Damen- u. Kindervergnügen

und nachfolgendem

Tanzkränzchen im Freien.

Großer Jubel und Trubel,

Karussell, Schießbude rc.

Früh-Konzert

von morgens 5 Uhr an.

Nachmittags von 4 Uhr an

Tanzkränzchen im Freien.

Abends 9 Uhr:

Gr. Laternenpolonaise.

Eintritt frei.

Hierzu ladet freundlichst ein

Heinrich Luckmann.

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Sonnabend, den 14. Juni:

Der Possenschlager

Julchens Flitterwochen.

Große Posse mit Gesang und Ballett in 4 Bildern.

Im 2. Akt: Strandpolka!

Sonntag, den 15. Juni:

Zur Feier des 25jähr. Regierungs- und Friedensjubiläums des Kaisers und Königs Wilhelm II.

Der wilde Reutlingen.

Historisches Lustspiel in 4 Akten von G. Moser und Thilo v. Trotha

Aus der Zeit Friedrich des Großen.

4591) Anfang stets 8¼ Uhr.